

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W.57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Cüchero Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
postzeitungsrate Nr. 3164

## Friedensmanifest des Internationalen Arbeitertongresses.

Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite ist der allgemeine Rüstungswahn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegenstände aufgebaut und die Arbeiterklasse eine unbegrenzbar Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unablässig wiederkehrenden Kriegedrohungen immer aufregender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Ströme gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.

Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringsfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.

Darum stellt der Kongress mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg.

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhoben, jede Aktion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller

Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges hat sich als wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongress fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen, er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu.

Die sozialdemokratischen Parteien der Balkanhalbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Großmächte Europas haben durch systematische Hintertreibung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kriege führen mußten. Gegenüber der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der Dynastien und Bourgeoisien haben die sozialdemokratischen Parteien des Balkans mit heroischem Mut die Forderung nach einer demokratischen Föderation erhoben. Der Kongress fordert sie auf, in ihrer bewunderungswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daransetzen wird zu verhindern, daß die mit so furchtbaren Opfern erkaufte Errungenschaften des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus und von der expansionstüftigen Bourgeoisie der Balkanstaaten für diese Zwecke mißbraucht werden.

Insbesondere aber fordert der Kongress die Sozialisten am Balkan auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Freundschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumänen und Griechen, sondern auch jeder Vergewaltigung der gegenwärtig im anderen Kriegslager stehenden Balkanvölker, der Türken und Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrechtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den entfesselten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölker einschließlich der Albaner, Türken und Rumänen zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns, Kroatiens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fernerhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Oesterreichs zu verwandeln und um dynastischer Interesse willen die Völker Oesterreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß dem vom Hause Habsburg beherrschten Teile der süd-slavischen Völker innerhalb der Grenzen der österröich-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.

Besondere Aufmerksamkeit haben die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuzuwenden. Der Kongress erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an, er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opfer österreich-ungarischer und italienischer Herrschaftsgelüste werde. Darin erblickt der Kongress nicht nur eine Gefahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Bedrohung des Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongress fordert daher die Sozialdemokraten Oesterreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch ihrer Regierungen, Albanien in ihre Einflußsphäre einzubeziehen, zu bekämpfen und ihre Bemühungen um die Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien fortzusetzen.

Mit großer Freude begrüßt der Kongress den Proteststreik der russischen Arbeiter als wirksam dafür, daß das Proletariat Rußlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zarische Konterrevolution ihm versetzt hat. Darin erblickt der Kongress die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker selbst unzählige Male verraten und ihren Feinden preisgegeben hat, nunmehr schwankt zwischen der Furcht vor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalistischen Bewegung, die er selbst geschaffen hat. Wenn sich aber der Zarismus nunmehr wieder ansieht, sich als Befreier der Nationen des Balkans zu gebärden, so geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwande dem blutigen Kriege die Vorherrschaft am Balkan wieder zu erobern. Der Kongress erwartet, daß das erstarrende städtische und ländliche Proletariat Rußlands, Finnlands und Polens dieses Lügengerewebe zerreißen und sich jedem kriegerischen Abenteuer des Zarismus widersetzen, jeden Anschlag des Zarismus, sei es auf Armenien, sei es auf Konstantinopel, bekämpfen und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrieren wird. Ist doch der Zarismus, die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie, und die gesamte Internationale muß es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die von ihm beherrschten Völker der Befreiung entgegenzuführen.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblick ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Oesterreich-Ungarn, als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmischung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft Eroberungsgelüsten in Vorderasien zu widersetzen, die geradezu zum Weltkrieg führen müßten. Als größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongress die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongress begrüßt aber die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zweck die Abschließung eines Ueber-

einkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebeuterechts. Der Kongress fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Uebereinkommen fortzusetzen.

Die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, den Ueberfall Oesterreichs auf Serbien unmöglich machen und den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongress stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale in ihren Grundsätzen über die auswärtige Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen und fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können. Sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionäre Kraft der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wettbewerben den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungebeuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorgerufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien und zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die regierenden Gewalten die Möglichkeit normaler Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten verleiten sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongress beauftragt darum das Internationale Sozialistische Bureau, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein.

Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat alle seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongress an Euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß Ihr in dieser entscheidenden Stunde Euren Stimm vernehmen laßt! Verkündet Euren Willen in allen Formen und an allen Orten, erhebt Euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, veremigt Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die Euch die Organisationen und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Ergoht dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamsten und leidenschaftlichsten Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!

### Die neue Lohnordnung in Leipzig.

Anfang Oktober ist sie nun in Kraft getreten, die allgemeine Lohnordnung, die wir bereits in Nr. 34 der „Gewerkschaft“ unseren Mitgliedern und Lesern unterbreiten konnten. Zur besseren Uebersicht jedoch wollen wir das Zahlenbild der Lohnordnung noch einmal unserer Betrachtung vorausschicken, um daran unsere Bemerkungen anzureihen.

Lohnordnung.

Lohnklasse	Lohnhöhe im Beschäftigungsjahre										
	1	2	3	4	5 u. 6.	7 u. 8.	9 u. 10.	11 u. 12.	vom 13. an		
I. Wochenlohn	31,-	32,-	33,-	34,-	35,-	36,-	37,-	38,-	39,-	40,-	41,-
II. "	29,-	30,-	31,-	32,-	33,-	34,-	35,-	36,-	37,-	38,-	39,-
III. "	26,50	27,50	28,50	30,-	31,-	32,-	33,-	34,-	35,-	36,-	37,-
IV. "	25,-	26,-	27,-	28,-	29,-	30,-	31,-	32,-	33,-	34,-	35,-
V. "	24,-	24,60	25,20	26,-	27,-	28,-	29,-	30,-	31,-	32,-	33,-
VI. Tagelohn	3,80	3,90	4,-	4,10	4,20	4,30	4,40	4,50	4,60	4,70	4,80
Wochenlohn	—	—	—	—	25,20	26,-	27,-	28,-	29,-	30,-	31,-
VII. Tagelohn	3,60	3,70	3,80	3,90	4,-	4,10	4,20	4,30	4,40	4,50	4,60
Wochenlohn	—	—	—	—	24,60	25,20	25,80	26,40	27,00	27,60	28,20

In Klasse VI und VII wird vom 5. Jahre an Wochenlohn gewährt.

Nabezu zwei Jahre hat der Rat gebraucht, um diese Lohnordnung zu bearbeiten und fertigzustellen. Eine ziemlich lange Zeit. Ohne daß wir die Schwierigkeit der Lösung einer solchen Aufgabe, wie sie sich für Leipzig schon längst als notwendig erwies, verkennen wollten, hätte unseres Erachtens aber diese Reform sich wesentlich früher fertigstellen lassen, wenn man sich der Mühe unterzogen hätte, die Reformbedürftigkeit der Löhne an praktischer Stelle, in den Betrieben zu studieren. Dann hätte es ohne weiteres einleuchten müssen, daß bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die geringe Zulage von 1910 total ungenügend war und eine weitere Aufbesserung der Löhne ein absolutes Erfordernis sein mußte. Diese ernste soziale Pflicht zu erfüllen, mußte deshalb der Rat auf einem kürzeren Wege zu erreichen suchen als es geschah. Die alte Entscheidung trat auch hier wieder zutage, wenn es gilt, Arbeiterlöhne aufzubessern, daß langwierige Erhebungen und Berechnungen angeestellt werden, die sich auf Jahre hinaus ziehen, während bei Gehalts erhöhungen der höheren Beamten und Stadträte, wo der Minimalerwerbungslohn der letzteren erst kürzlich im Stadtsaale auf 10000 Mk. festgesetzt wurde, auffallender Weise eine viel kürzere Zeit zur Regelung dieser Gehälter aufgewendet wurde. Dann wundert man sich obendrein auch noch, wenn den Arbeitern die Geduld ausgeht und sie gegen die Behandlungsmittel in entsprechender Weise ihre Unzufriedenheit ausdrücken, womit man sich dann anscheinend nicht anders zu helfen weiß, als daß man die Funktionsäre und Vertrauensmänner der verlangenden Arbeiter dafür büßen läßt und sie kurzerhand aus dem Betriebe entfernt, wie der Fall Hessel als wenig ruhmvolles Zeichen der Arbeiterpolitik des Rates auf alle Zeiten bleiben wird. Selbst wenn man der neuen Lohnordnung durch ihre Vereinfachung einen gewissen Fortschritt nicht abprechen will, ist es doch schwer, sie mit dem bekannten Sprichwort in Verbindung zu bringen, daß das, was lange währt, auch gut sei. Denn der alte Geist der Sparpolitik ist aus ihr noch nicht gebannt und tritt an einzelnen Stellen, wo wir weiter unten beweisen werden, nur zu deutlich noch hervor. Bei ihrem Vergleich zu den bisherigen Lohnsätzen ist es schwer zu sagen, auf welcher Grundlage der Aufbau überhaupt erfolgt ist. Ob man nun von einem Abbau der bisherigen Politik im unmittelbaren Sinne sprechen, wenn man die zukünftigen Anfangslöhne, die teilweise wesentlich niedriger sind als die jetzigen, in Betracht zieht. Besonders schwerwiegend muß es aber ins Gewicht fallen, daß durch die Einreisungspraxis des Rates größere Arbeitergruppen, nahezu die Hälfte der Beschäftigten, eine Anrechnung ihrer Dienstjahre überhaupt nicht auf die Lohnordnung erhalten und die Lohnordnung in diesem Falle, wie aber auch für die jetzt beschäftigte Arbeiterkraft im allgemeinen wenig Geltung hat, da sie nicht nach ihren Dienstjahren, sondern nach ihrem bisherigen Verdienst darin eingereiht werden.

Das herausgegebene Arbeitsbuch, das in der vorigen Nummer bereits kurz besprochen, hat daher für die jetzige Arbeiterschaft nur insofern informierende Bedeutung, soweit die bisher bereits bestehenden sozialen Bestimmungen darin aufgenommen wurden. Recht eigenartig muß es geradezu berühren, daß in dem jetzigen Kataliter noch der Punkt 2 in die Lohnordnung konnte aufgenommen werden, wo es wörtlich heißt:

„Ein Anspruch auf die in der Lohnstafel vorgesehenen Lohnsätze und Alterszulagen steht

den Arbeitern nicht zu, es steht ihnen vielmehr nur ein Anspruch auf den für jeden einzelnen von ihnen jeweils von den Dienststellen festgesetzten Lohn zu.“

Das heißt auf gut deutsch: Ein Anrecht auf den Lohn und die Alterszulagen habt ihr nicht, sondern wir, der Rat, bestimmen nur darüber. Wie wir verfügen, muß dir's genügen. Admet man so die Leistungen und die Persönlichkeit der Arbeiter in einem sogenannten „Musterbetriebe“? Demselben Geist, derselben sozialen Auffassung reißt sich würdig der Punkt 4 Abs. c an, wonach Arbeitern, die sich durch hervorragende Leistung und musterhafte Führung dauernd auszeichnen, auf Anordnung des Dezernenten Alterszulagen in kürzeren als den vorgeschriebenen Zeiträumen gewährt werden können. Hierdurch wird der Liebedienerei, dem Schmarogerium, wie dem Puhlen willfähriger Elemente um die Gunst der Vorgesetzten Tür und Tor geöffnet. Von sorgfächertem sozialen Gesichte kann in diesen Punkten bei dem Rat deshalb keine Rede sein und wird es in Zukunft der organisierten Arbeiterschaft obliegen, durch eine stramme Organisation und Disziplin diese Bestimmungen außer Kraft zu setzen und zu beseitigen. Eine geringe Wertschätzung ihrer Arbeitskraft bezugt der Rat den weiblichen Arbeitern, den Saisonarbeitern, Minderjährigen und sonst vorübergehend beschäftigten Arbeitern in Punkt 1 Abs. c der Lohnordnung, indem diese Gruppen überhaupt nicht in die Lohnstafel einbezogen werden. Tönen, die durch Unfall im Betriebe verkrüppelte Knochen als Andenken behalten haben, wie auch denen, die Invalidentente beziehen, geht es nicht besser. Soll es nicht besser. Soll es denn nun in Zukunft für diese Gruppen keine Anhaltspunkte in den Bestimmungen über die Löhne mehr geben? In den bisherigen Lohnbestimmungen war ihnen immer noch ein, wenn auch sehr bescheidenes Plätzchen angewiesen. Die Regelung des Aufrückungstermins ist zwar in Punkt 4 Abs. d vorgesehen, es bleibt aber den Verwaltungsausschüssen immerhin noch vorbehalten, einen anderen Termin, als den 1. Januar zum Aufrücken des Lohnes zu nehmen.

Das hat sich nun die gerade nicht durch besondere Arbeiterfreundlichkeit sich bisher auszeichnende Garte nverwaltung zunutze gemacht und den Termin auf den 1. April verlegt, dem die Verwaltung der Elektrizitätswerke nachgefolgt ist. Wie die Lohnordnung in den einzelnen Ressorts sich in ihrer praktischen Wirkung zeigt, kann in diesem Rahmen nicht ausführlich erörtert werden und bleibt den Preisprechungen der Lohnverhältnisse in den Versammlungen der entsprechenden Ressorts vorbehalten. An einigen Beispielen läßt sich jedoch bligartig die Sparpolitik beleuchten, insbesondere dahingehend, daß die wenigen Zulagen, die die jetzt beschäftigte Arbeiterschaft erhält, auf Kosten der Anfangslöhne der kommenden Arbeiterschaft gemacht werden. Man sagt zwar, daß die Mehrkosten für die jetzige Lohnordnung auf 150000 Mark zu berechnen seien. Wenn das zutreffen sollte, betrüge das eine ungefähre Steigerung von 60 Mk. pro Arbeiter und Jahr. Dem steht aber nun gegenüber, daß in den Klassen VI und VII bis zum 5. Jahr, worin über zwei Drittel der Arbeiterschaft vorhanden sind, nur wöckentliche Zulagen von 60 bis 84 Pf. im Höchstfall pro Woche gewährt werden, was einer Zulage von 35 bis 45 Mk. pro Arbeiter und Jahr gleichkame. Das eine Drittel der anderen Klassen, die 1 Mk., aber auch teilweise gar keine Zulage erhalten, wie auch die Funktionszulage der Vorarbeiter in Betracht gezogen, wird diese Summe jedoch noch lange nicht erreicht.

Rechnet man die bisherigen Jahreslöhne nach der neuen Lohnordnung um, erhält sich in einigen Ressorts ein minderer Verdienst. Die Schienenarbeiter verdienen z. B. nach der alten Lohnordnung in 13 Jahren 115 Mk. mehr, als sie nach der neuen verdienen. Sie verdienen in Zukunft im 1. Jahr 40,28, im 2. 10,40, im 3. 84,—, im 4. 53,—, im 5. 41,60, im 6. 41,60, im 8. 52,— Mk. weniger als sie bisher verdienten. Singu kommt noch für Anfänger die Verschlechterung, daß sie 4 Jahre als Stundenlöhner arbeiten müssen, während früher nur 1 Jahr genügte, um Wochenlöhner zu werden. Die Tischbaumaureer, die bisher keine Lohnstafelung hatten, verdienen nun nach der neuen Lohnordnung in 13 Jahren 491 Mk. weniger, als sie nach der alten verdienten. Sie haben eine Einbuße im 1. Jahr von 269,78, im 2. 217,78, im 3. 165,78, im 4. 113,78, im 5. und 6. je 61,78, im 7. und 8. je 9,78 Mk. zu verzeichnen. Auch die Metortenhausarbeiter der Gasanstalten haben nach dieser Rechnung in Zukunft mit einer Einbuße von 138 Mk. in 13 Jahren zu rechnen. Sie beträgt im 1. Jahr ihrer Beschäftigung 48,64, im 2. 86,84, im 3. 34,84, im 8. 80,56, im 9. und 10. je 28,56 Mk., während sie im 4. 17,10, im 7. 51,48, im 11. und 12. je 23,44 und im 13. 75,44 Mk. gewinnen. Auch die Maurer in den Gasanstalten haben in Zukunft mit niedrigeren Anfangslöhnen zu rechnen. Sie haben im 1. Jahr 68,—, im 2. 75,—

und im 3. 23.— Mf. weniger als bisher nach der alten Lohnordnung gezahlt wurde. Dasselbe trifft auch für die Handwerker in den Gasanhalten zu. Sie erhalten in Zukunft im 1. Jahr 76,40, im 2. 105,10, im 3. 74,20, im 4. 82,60, im 5. und 6. je 40,80 Mf. weniger als sie bisher nach der alten Lohnordnung verdienten. Ueberdies muß auch festgehalten werden, daß an und für sich die Handwerkerlöhne auch in der neuen Lohnordnung wie bisher recht niedrig gehalten sind im Verhältnis zu den Löhnen in der Privatindustrie. Auch die Flak- und anderen Arbeiter der Gasanhalten müssen sich in Zukunft mit niedrigeren Anfangerlöhnen begnügen. Sie gewinnen zwar im 1. Jahr 11,10 Mf., büßen dafür aber im 2. 78,60, im 3. 48,20, im 4. 17,80 und im 5. und 6. je 10 Mf. pro Jahr gegenüber den bisherigen Löhnen ein. Diese Beispiele ließen sich beliebig auf alle Berufsstände vermehren, wo die Anfangslöhne durchweg niedriger sind, als sie es bisher waren. Die gegenwärtige Forderung ist daher mit Recht als eine Anleihe bei der zukünftigen Arbeiterchaft, die sie durch niedrigere Anfangslöhne wieder wettzumachen hat, zu bezeichnen. Nur wenige Berufsstände sind es, die durchweg nach der neuen Lohnordnung eine Erhöhung von Anfang an zu verzeichnen haben. Das ist ein Heimer Einbid in die zukünftige Wirkung der Lohnordnung. Nun aber auch ein Gegenstück über die Handhabung der Lohnordnung bei Einordnung in dieselbe. Nehmen wir die größte Arbeitergruppe, die Straßendreiniger, als Beispiel an:

Bis Vergl. Lohn Mf.	Si batten 1. J. 2003 Mf.	Stärke pro 1000 Mf.	Beitere pro 1000 Mf.	Zahl dem neuen Lohnordn. 11.11 Mf.	Wahre nach der Lohnordnung erhalten Mf.	Einbuße Mf.
3,60	—	—	0,60	3,70	3,70	—
3,60	3,70	0,08	0,60	3,80	3,70 bis 3,80	—
3,78	3,80	0,12	0,60	3,90	3,90 „ 4.	0,10 pro Tag
3,87	3,90	0,18	0,60	24.—	24.— „ 25,20	0,20
3,96	24.—	0,24	0,60	24,60	24,60 „ 26,10	0,10 bis 0,30 p. Tag

Wie man hieraus erhellt, sind die Dienstjahre nicht angerechnet. Früher erreichten die Straßendreiniger den Höchstlohn nach 9 Jahren, jetzt sind es 13. Auch verschiedene andere Gruppen sind in dieser Hinsicht schlechter gegen früher gestellt.

Ein Arbeiter der Klasse VII, der 20 oder mehr Dienstjahre abgeseht hat wird nicht etwa, wie zu erwarten war, in die Höchststafel seiner Klasse, sondern nur in die gleiche oder nächst höhere seines bisherigen Lohnes einreicht, worauf er dann ev. 5 Jahre warten muß, bis er die Höchststafel erreicht. Während nun die Arbeiter der Klasse VII erst einmal danach streben, den Lohn zu erhalten, wie ihn den Jahren entsprechend die Lohnordnung vorieht, würde ein nicht geringer Teil der Arbeiter in den anderen Klassen bei gleichem Verlangen erheblich im Nachteil sein, da sie dann, nach ihren Dienstjahren berücksichtigt, weniger verdienen würden, als sie jetzt beziehen. Z. B. ein Schloßschreiber erhält bisher im 8. Jahre 27 Mf. Wochenlohn, während er nach der neuen Lohnordnung erst im 9. und 10. Jahre dasselbe erhält. Auch andere Gruppen sind teilweise von denselben Nachteilen heimgesucht und lassen sich diese Beispiele ebenso beliebig vermehren, wie wir vorn die Mürzung der Anfangslöhne nachgewiesen haben. Aus dieser Wechselwirkung ist denn auch die ganze Struktur der Lohnordnung zu erkennen, die mehr das Zahlenwerk der Studierstube als das der praktischen Bedürfnisanpassungs- und sozialen Ausgleichsarbeit darstellt. Wenn denn schon ein Schritt nach vorwärts gemacht ist, so sollte man aber nicht auf halbem Wege stehen bleiben und die einseitige Regelung der Arbeitszeit den nachfolgenden lassen. Leider zeigt sich aber hier auch schon ein Einbildung, der eher rückwärts als vorwärts zeigt. So in den Betrieben, die im Winter den Betrieb mit verkürzter Arbeitszeit fortführen, z. B. im Bauhof. Dort wurden bisher 43 Wochen mit 9 Stunden und 9 Wochen mit 8 Stunden gearbeitet. Jetzt hat sich das Verhältnis zu einer Verlängerung der Arbeitszeit im Sommer ausgebildet und an Stelle der bisherigen neunstündigen Arbeitszeit sind von Mitte April bis Mitte September 10 Stunden getreten. In Betracht kommt dabei, daß in diesem Betriebe im Frühjahr Heberstunden nicht zu vermeiden sind und die Vermehrung nun durch die jährliche Verrechnung mit der verlängerten Arbeitszeit den Lohn dafür in der Tasche behält. Eine jährliche Methode, was mit der einen Hand gegeben, wird mit der anderen wieder rechtlich genommen. Wohnt sich sorgen unsere Kollegen dafür, daß dieser Methode kein allzu launiges Leben läßt, den sein wird. Ein einseitiges Vorgehen auf dem Gebiete der Schaffung von Arbeitsbedingungen sollte aber das wahre Ziel sein. Wenn das Arbeiterab seinen Zweck nicht erfüllen soll, muß ihm das Bild über die Arbeitsverhältnisse auch einseitlich und klar zu erkennen sein und in einer allgemeinen.

einseitlichen und klaren Arbeitsordnung zum Ausdruck kommen. Leider mangelt es aber gerade in diesem Punkte beim Rate noch an der nötigen Einsicht. Soll deshalb auf dem Gebiete der Arbeiterlobn und sonstigen Arbeitsverhältnisse etwas Ganzes geschaffen werden, kann es nur das Werk der Arbeiter in einer starken Organisation sein. Erst dann können wir zu unserem Rechte kommen, wenn diese Rechte durch eine starke Organisation gesichert und gestützt werden. An Euch, Ihr städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, liegt es, soll dieses Ziel bald erreicht werden.

D. Sch.

### Lohnregelung der städtischen Arbeiter in Kiel.

Am 12. November 1912 ist in Kiel von den Stadtkollegien eine neue Lohnregelung beschlossen worden. Es sind sechs Lohngruppen geschaffen. Die Entlohnung der einzelnen Gruppen ist wie folgt: Erste Gruppe 4.— bis 4,60 Mf., zweite 4,20 bis 4,80 Mf., dritte 4,40 bis 5.— Mf., vierte 4,60 bis 5,20 Mf., fünfte 4,80 bis 5,40 Mf., sechste 5.— bis 5,60 Mf. In der ersten Gruppe wird die erste Staffelung ohne weiteres gezahlt, wenn das dreißigste Lebensjahr erreicht ist. Im übrigen erfolgt die erste Staffelung nach zwei Jahren, die zweite nach fünf Jahren und der Endlohn wird erreicht nach acht Jahren. Zu der Vorlage führte der Oberbürgermeister Lindemann unter anderem aus: „Wir haben es als richtig angesehen, die Grundlage für die Befolgung unserer Arbeiter nach den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Stadt einzurichten.“ Das diese Ansicht unzweifelhaft richtig ist, ist ohne weiteres zuzugeben, inwieweit aber nach diesen Ausführungen gehandelt worden ist, das zeigt die Vorlage selbst, wenn man in Betracht zieht, daß in Kiel das Leben besonders teuer ist und nach der Vorlage der Höchstlohn erst nach acht Jahren erreicht wird. Außerdem sind die Anfangs- und Endlöhne den Feuerungsverhältnissen nicht entsprechend. So zeigt es sich, daß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Kiel nicht die genügende Rücksicht genommen ist. Interessant ist es, wie auch hier bei der Befolgungsvorlage Beamte und Arbeiter bei der Entlohnung verschieden behandelt werden. Während für 550 Beamte für das Etatsjahr 1912 noch eine Gehaltserhöhung von 66512 Mf. vorgenommen wird, ist es für die 920 Arbeiter nur die Summe von 25000 Mf. Das macht für den Beamten pro Kopf 121 Mf., für den Arbeiter ganze 27 Mf. Es wurde weiter von den Arbeitern gefordert, die in die Woche fallenden Feiertage voll zu bezahlen; aber auch hier konnte man es nicht übers Herz bringen, ganze Arbeit zu leisten. Es wurde beschlossen, sie mit 50 Proz. zu entschädigen. Die an diesen Tagen beschäftigten Arbeiter erhalten außerdem für gearbeitete Stunden den darauf fallenden Lohn. Die von den Arbeitern seit langem geforderte Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht zur Ausführung gekommen. Ein Antrag, diese Frage bei derratsberatung wieder aufzunehmen, wurde mit 17 gegen 17 Stimmen durch den Stadtverordnetenvorsteher Herrn Ahlmann zu Fall gebracht. Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen des Herrn Stadtrat Freyse. Er brachte es fertig, die sozialen Einrichtungen der Stadt Kiel (in bezug auf die Arbeiter) mit auf den Lohn anzurechnen. Der Herr hatte auch eine sonderbare Begründung, mit der er die Arbeitszeitverkürzung ablehnte. Er führte aus, daß dies jährlich rund 87000 Mf. kosten würde. Im Durchschnitt haben die Betriebe gar nicht die zehnstündige Arbeitszeit, in einer Reihe von Betrieben wird weniger wie zehn Stunden gearbeitet. Nun sehen wir aber berechtigte Zweifel an dem von Herrn Stadtrat Freyse angeführten Momenanschlag. Denn wenn, nach seinen Ausführungen zu rechnen, die Arbeitszeit in einzelnen Betrieben nur neun Stunden beträgt, dann würden ja in diesen Betrieben keine Kosten für Arbeitszeitverkürzung entstehen. Auf die finanzielle Wirkung der Vorlage werden wir in der nächsten Zeit eingehender zurückkommen. Die Gesamtwirkung der Vorlage auf die städtischen Arbeiter ist etwas anders angefallen, wie der Herr Oberbürgermeister Lindemann in seiner Einleitung ausführte. Der Herr ist der Meinung, daß die Regelung auf längere Zeit in befriedigender Weise genügen wird. Die städtischen Arbeiter wurden durch diese Vorlage zu der Ueberzeugung gebracht, daß sie direkt un-

Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerückt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.

Kalliste

## Zur Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben Kölns.

Bereits im Jahre 1910 richteten unsere Kollegen Forderungen an die Stadtverwaltung um Verkürzung der Arbeitszeit. Bei der Beratung im verflohenen Frühjahr wurde dieses Verlangen jedoch abgelehnt und ein Antrag der Zentrumsfraction angenommen, der besagt: „Die Stadtverwaltung solle Erhebungen anstellen, ob und in welchen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit angebracht und eine Einschränkung der Sonntagsarbeit möglich ist.“ Diese Erhebungen werden zurzeit angestellt und unsere Kollegen hielten es für ihre Pflicht, mit einzuzugreifen, um baldigst zu einem Resultat zu kommen. Die freiorganisierten Löhnmänner begab. Arbeiterauschussmitglieder reichten eine gemeinsame Kundgebung bei der die Frage behandelt werden sollte. Diese Sitzung kam zu nichts. Als Vertreter der christlichen Richtung nahm der Sekretär Krumbke, von unserer Seite Kollege Binder an den Beratungen teil. Man einigte sich auf ein gemeinsames Vorgehen in der Frage. Doch es sollte anders kommen. Ueber den bisherigen Verlauf geht uns folgender Bericht zu:

Am Vorkriegstage tagte eine allgemeine Versammlung der städtischen Arbeiter, Handwerker und Straßenkehrer. Diese war stark besucht und durchweg von dem Gedanken beherrscht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit als eine der wichtigsten Kulturaufgaben betrachtet werden müsse. Kollege Binder eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß sie als gemeinsame Kundgebung beider Gewerkschaftsrichtungen gedacht gewesen sei. Die Christlichen hätten aber im letzten Moment abgelaßt. Der größte Teil der Arbeiterauschussmitglieder und die freien Organisationen hätten sich jedoch nicht beirren lassen. Und daß sie recht haben bewies die überaus gut besuchte Versammlung. Die Polizeibehörde habe es für nötig erachtet, Beamte in die Versammlung zu senden, trotzdem es sich um rein gewerkschaftliche Angelegenheiten handele. Es müsse dies eigentümlich verüben. Trotzdem soll sich die Versammlung nicht stören lassen; es seien ja keine Geheimnisse zu ertören.

Nun nahm Gauweiler R. Seemann-Mannheim das Wort. Er führt u. a. aus: Das kapitalistische Zeitalter habe die Arbeit unmenneher gestaltet. Der Arbeiter muß sich der Maschine anpassen. Die Entwicklung der Technik mache immer mehr Räume überflüssig. Daher sei die Verkürzung der Arbeitszeit eine ideale Forderung und werde aus Solidarität der Arbeiter untereinander erhoben.

Sie sei eine hygienische und auch eine volkswirtschaftliche Forderung. Ein Staat mit einem gesundheitlich degenerierten Arbeiterstande kann im allgemeinen Wettbewerbs der Völker nicht mehr konkurrieren. Der Arbeiter muß auch deshalb eine Verkürzung seiner täglichen Arbeitszeit erstreben, um an seiner Allgemeinbildung arbeiten zu können. Wollten die Arbeiter nur schlafen und schlaffen, so würde ihre Intelligenz bald auf einem Stand angekommen sein, daß die Industrie nicht mehr mit ihnen ausläme. Die Gegner der Arbeiter seien zahlreich und mächtig. Bedauerlicherweise finde man unter ihnen auch viele Stadtverwaltungen, die doch Förderer des Allgemeinwohles sein sollten. Sie zeigten sich jedoch meistens als Sachverwalter der Besitzenden. Aus seinem eigenen Wirkungskreis könne er berichten, daß mit der Einführung des Neuntages nur gute Erfahrungen gemacht worden seien. Finanziell wäre die Durchführung der Reform kaum in Erscheinung getreten. Die städtischen Betriebe sind aber leistungsfähiger geworden. Dasselbe könne er berichten von den württembergischen Staatseisenbahnen der Eisenbahn, die alle den Neuntages eingeführt hätten. Köln habe keinen Grund, seinen Arbeitern das vorzuziehen, was anderwärts mit gutem Erfolg angewendet worden sei. Eine Stadt, die finanziell so gut dastünde, könne und müsse am Kulturfortschritt mitarbeiten. Auch die Privatindustrie habe trotz der Schanzmacherei der Arbeitgeberverbände nennenswerte Verkürzungen der Arbeitszeit eingeführt. Die Mehrheit der Arbeiterschaft habe die günstige Situation erkannt, was außerordentlich erfreulich sei. Daß die Zentrumsfraction nicht mitmachen wolle, solle die städtischen Arbeiter nicht beirren. Beharrlichkeit müsse zu dem besten Ziele führen. — Die Versammlung spendete dem Redner brauenden Beifall.

Darauf nahm Kollege Binder das Wort, um über die Vorbereitung zu berichten. Er führte aus, es sei eine bedauerliche Tatsache, daß die städtische Arbeiterschaft in Köln sich jedesmal in zwei Lager spalte, wenn es gelte, Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu erringen. Auch diesmal habe sich die Zentrumsgewerkschaft abgefordert. In zwei gemeinsamen Beratungen seien sich die Löhnmänner und Vertreter der beiden Organisationen über die Forderungen und den einzuschlagenden Weg einig geworden. Einige Stunden vor der gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung seien die Christlichen jedoch umgefallen. Das Zentrum habe durch Herrn Dedenbach (Sekretär des christlichen Verbandes) zum Rückzug geblasen. Nun werde die Sache im Kölner Vokal-Anzeiger so dargestellt, als ob von Vereinbarungen gar nicht gesprochen werden könne. Das sei eine Fälschung der Tatsachen. In den Sitzungen habe der christliche Sekretär Krumbke

## Massenmord! — Cholera! — Hungertod! Das ist der Krieg!

Seit fünf Wochen wüthet das grauenhafte Menschenmorden auf dem Balkan. Wohl ist Waffenstillstand und Friede angebahnt, aber es erscheint zweifelhaft, ob er sobald zustande kommt. Inzwischen wirken neben den mörderischen Geschossen Seuche und Hungersnot an der Dezimierung der armen Menschen. Es ist als ob die Hölle ihre Werkzeuge losgelassen hätte und das „kulturelle“ und christliche Westeuropa läßt all diese Furchterlichkeiten und Menschenschlächtereien geschehen. Ja, es unterstützt durch Finanzierung noch die weitere Ausdehnung, und Deutschland und Frankreich wetteifern darin, den kriegführenden Mächten die nötigen Summen zu leihen — natürlich gegen entsprechend hohe Zinsen!

Nicht genug damit. Oesterreich mobilisiert in aller Stille und Rußland schiebt große Truppenzüge an die südöstliche Grenze. Zwar ist der Streit um das „herbische Fenster“ an der Adria (der Hafen Durazzo) nicht mehr der Konfliktstoff, auch die aufgebauichte Konfliktläre in Bizrend scheint erledigt. Den eigentlichen Grund kennen nicht einmal die Diplomaten. Er läßt sich dahin definieren: Eine wahre Vändergier hat die „beteiligten“ westeuropäischen Staaten erlosht und die Sorge, als Völkerver nicht genügend von der wühlenden Beute zu bekommen, treibt die „nationalen“ Elemente zu so unverantwortlichem Spiel. Aber auch die liberale Presse macht grobenteils dieses leichtfertige Spiel mit dem Feuer mit.

Da kommt in diesem Augenblick einzig die internationale Arbeiterbewegung als ernst zu nehmender Friedensfaktor in Betracht und es bedarf der verhaltenen Wachsamkeit und Willenanstrengung der organisierten Arbeiter aller Länder, um dem unverantwortlichen Spiel ein Ende zu bereiten.

Man sollte meinen, starker noch als alle Beschwörungen an die Vernunft, müßten die bis-herigen Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz jeden Kulturmenschen zum Kriegseind und Friedensbedürftiger machen. Rahen wir deshalb noch einmal an den Berichten der Tagespresse die Kriegs- und Cholera-Beiste selbst sprechen . . .

In Ichorlu nach der Schlacht. Jetzt nähert sich die endlose Reihe von Verwundeten. Leute, meist ohne Gehör, fast durdgehends Schüsse durch die Hände oder in den Kopf, Leichtverletzte, die in fatalistischer, orientalischer Ruhe ihres Weges ziehen, einander stützend, duldsam friedlich und mit den glänzend siebrigen Augen der Verwundeten stumm Hilfe heischend.

Hinter diesen eine lange Reihe der landesüblichen Fuhrwerke, bis zum Zusammenbruch vollgepackt mit Schwerverwundeten und Sterbenden.

Sie ziehen zu Hunderten an uns vorbei. Die ganzen Schrecken der Schlacht sind in dem Eindruck weniger Minuten zusammengepackt. Es heißt die Zähne zusammenbeißen, nicht wehnen, nicht links blicken, sondern weiter vorbei, um das erste Stöhnen der Verwunden nicht mehr vernehmen zu müssen.

Da kommt ein anderes Bild, ein Kaleidoskop menschlichen Jammers. Schenkel- und Fußschüsse. Die armen Kerle, oft graue Familienväter aus dem fernen Kurdistan und den anatolischen Wäldern, vom Fluge zu den Halbmondhahnen gerufen, jetzt von Bekannten, vielleicht auch von Verwandten über den Rücken getragen, mit zerhackten Gliedern, meist nur notdürftig verbunden, braun gefärbte Kleider voll getrockneten Blutes. Häufig ist der Träger selbst verletzt und so schleppt er sich und den Kameraden mit dem letzten Aufgebot seiner schwindenden Kräfte nach dem Verbandplatz.

Und dann, ja dann kommt die schwerste Etappe des Leidensweges der Wunden für das Vaterland. Serrenloses, unbekanntes Volk, ohne Freund und Anhang, durch den Leib oder die Beine geschossen, kriechen sie wie Würmer, schleppen sie sich auf der blanken Erde weiter. Dorthin, noch mehrere Kilometer weit, wo die im Abendwind flatternden Wimpel des roten Halbmondes den Verbandplatz kennlich machen.

Da liegen zerbrochene Karren, die den Weg versperren, tote Pferde, Ochsen und Gsel. Aus den Hinterbäden sehen ganze Stücke Fleisch, hungernde Soldaten haben sie den noch zuckenden Tieren herausgehauen. Wir sehen sie solches ekelhafte Fleisch, beschnitten und blutend über die Schulter tragen. An den Hüften hängen die Soldaten düggendweise und trinken gierig aus der hohlen Hand den gelben Schlamm, durch den Tausende gewatet sind und Pferde und Büffel ihren Wirt abladen haben. Die uns begleitenden Offiziere verhalten, unsere Aufmerksamkeit von diesen Einzelheiten ablenken, aber bald geben sie es auf. Man kann nicht mehr vorbeikommen, nicht mehr begehnen. In den für den Sammeltransport am besten geeigneten Plätzen, die zwei enge Straßen von einem Meer hoch übereinander haben, liegen sie zu Duzenden, ohne sich rühren zu

seine volle Zustimmung zu den Beschlüssen gegeben. Auf eine Anfrage, warum Ledebach nicht gekommen sei, erklärte Krumbe, daß er dieselben Befugnisse habe, und die Bereitwilligkeit zum gemeinsamen Vorgehen liege schon darin, daß er zu den Verhandlungen erschienen sei. Im gleichen Sinne erklärten sich die Obmänner christlicher Richtung. Es ist ständig betont worden, daß sie im Einvernehmen mit der christlichen Organisation diese Erklärungen abgaben. Am Schlusse der zweiten Sitzung hatte man sich vollständig über die abzuhaltenden Vertrauensmänner- und öffentliche Versammlung geeinigt. Ja noch mehr: es wurde beschlossen, einen gemeinsamen Aktionsausschuß einzusetzen, der die Leitung der Bewegung formell übernehmen sollte. Soweit war das Bündnis perfekt. Krumbe hat diesem allem nicht ohne Einverständnis mit der christlichen Organisation zugestimmt. Der jetzige Aufwand an Kräfte und Truderschwärke soll also lediglich einen Verrat verdecken; aus der Welt aber werde er dadurch nicht geschafft.

Eine Reihe christlicher Arbeiterausschußmitglieder habe trotz der Einseitigkeitsversuche die Vertrauensmännerreue besucht und dort ausgeführt, daß sie zu der fraglichen Sitzung, in der die Ablehnung „beschlossen“ worden sei, keine Einladung erhalten hätten. L. vom Fuhrpark erklärte wörtlich:

„Die Versammlung darf die christlichen Arbeiter als solche nicht für den Wortbruch ihrer Führer verantwortlich machen.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich ein zweiter christlicher Vertrauensmann. Es ist also eine weitere Vergewaltigung der Wahrheit, wenn gesagt wird, die Vertrauensleute hätten ein gemeinsames Vorgehen abgelehnt. Köstlich ist auch die Behauptung, in den christlichen Gewerkschaften sei so viel demokratisches Prinzip vorhanden, daß in solchen Fragen nur die Mitglieder zu entscheiden hätten. Das sagt eine Gewerkschaftsrichtung, die vor der Zentrumspartei und vor dem Merkur platt auf dem Baude liegt, und die zu feige ist, gegen ihre eigene Verurteilung zu protestieren. Einige Stunden vor der christlichen „Vertrauensmännerreue“ habe der Herr Ledebach dem Redner noch erklärt, daß sie sich selbstverständlich dem anschließenden würden, was die gemeinsame Vertrauensmännerreue beschließen würde. Dabei war zu dieser Stunde schon der Verrat vorbereitet, ja bereits vollzogen. Angesichts solcher Leistungen müsse die persönliche Achtung, die man sonst dem Gegner zolle, stark ins Wanken geraten. Daß sogar die Vertrauensreue des Gemeindegewerkschaftsverbandes erhalten muß, um den christlichen Verrat zu umfleiden, ist weiter nicht verwunderlich. Den Herren kann jedoch gesagt werden, daß der Gemeindegewerkschaftsverband trotz, ja durch die vorgenommene

Vertrauensreue rüstig vorwärtsschreitet und zwei Drittel der Mitglieder einen höheren Beitrag als den statutenmäßigen bezahlen. Der Gemeindegewerkschaftsverband habe bei seinem Vorgehen nur das Interesse der städtischen Arbeiter im Auge, daran ändern alle christlichen Sophistereien nichts. Eine „frisch-fröhliche“ Hege gegen die Schwarzen biete wirklich nichts Interessantes. Die freie Gewerkschaftsbewegung habe andere Aufgaben zu erledigen. Die Christlichen gehen an ihrer eigenen Unwahrhaftigkeit zugrunde.

Krumbe erläuterte und begründete der Redner die von den Vertrauensleuten und Arbeiterausschußmitgliedern aufgestellten Forderungen. Zunächst weist er die Vorwürfe zurück, die im Frühjahr der städtischen Arbeiterschaft gemacht wurden: sie erhebe die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit lediglich zum Zwecke der Vermehrung der Überstunden und damit des Einkommens. Die Stadtverwaltung verpflichte jeden Arbeiter zu Mehrleistungen laut der „Allgemeinen Bestimmungen“. Wollten sich die Arbeiter dauernd weigern, Überstunden zu machen, würden sie schnell vor die Tür gesetzt werden. In einigen Betrieben sei das Überstundenwesen geradezu als grober Unfug zu bezeichnen. In anderen Betrieben, wie Fuhrpark und Straßenreinigung, sei eine übermäßige Belastung des Personals eingetreten. Trotz Vergrößerung der Reinigungsfläche um rund 250 000 Quadratmeter habe man die Zahl der Arbeiter um 41 verringert. Trotz der Vermehrung der Häuser und der Bewohner habe man auch die Zahl der Kutscher und die Pferde bei der Müllabfuhr eingeschränkt, was selbstverständlich zur Überlastung der Zurückbleibenden führen muß. Dasselbe treffe auf den Straßenbahnhöfen und in anderen Betrieben zu und habe zur Folge, daß in verschiedenen Betrieben dauernd Überstunden geleistet werden müssen. Das bedeute in der Praxis eine Verlängerung der Arbeitszeit. In verschiedenen Betrieben, besonders in denen mit Wechselarbeiten, sei aus gesundheitlichen Gründen die Einführung der achtstündigen Wechselarbeit zu fordern; die Unregelmäßigkeit in der Ernährung und der nötigen Ruhe bedinge, daß diese Kategorien besonders berücksichtigt würden. Für die ständigen Nachtarbeiter des Fuhrparks und der Straßenreinigung sei ebenfalls eine möglichst kurze Arbeitszeit einzuführen. Für die Tagelöhner aller Betriebe soll nach den Vorschlägen der Vertrauensleute die neunstündige Arbeitszeit verlangt werden. Das Herausgreifen einzelner Betriebe empfehle sich nicht, da das zu dauernder Unzufriedenheit der Zurückgelassenen führen dürfte. Die finanziellen Bedenken können und dürfen die Stadtverwaltung, nachdem im Vorjahre rund 1½ Millionen und im letzten Jahre 2,3 Millionen Mark an Überstunden erzielt worden sind, nicht mehr veranlassen, der Forderung Widerstand entgegen-

zusetzen können. Sie werden wohl tagelang bis nach Stambul brauchen, und in den bitterkalten Novembernächten werden wohl viele von ihnen den Illusionen der Witterung erliegen.

Die Cholera an der Tschataldschalinie. Soeben komme ich von Chakentoi zurück. Wie in den türkischen Stellungen hinter der Tschataldschalinie die Cholera wüthet, das ist juchbar und nicht zu beschreiben. Am Wege liegen Tausende von Sterbenden und Toten. Nach authentischen Nachrichten sterben auf der ganzen Linie jeden Tag zehntausend Mann. Auf dem Hinritt kam ich an Dutzenden von Massengräbern vorbei, die durch Steineinfassungen kenntlich waren. Leute mit Tragbahnen sind ununterbrochen im Gange, um die Toten am Wege aufzulegen. Wohin ich blide: verzerrte Gesichter, erstarrte Hände, anlagend sind sie zum Himmel emporgereckt. Nur selten hat man die verzerrten Leichen liebevoll mit dem Mantel zugedeckt. Je näher ich der Eisenbahn komme, um so trauriger wird das Bild. Die tollste Phantastie kann sich das Furchtbare nicht ausmalen. Hier liegen auf einem Wagen zehn Mann, davon fünf noch lebend mit halberstarrten Augen, fünf bereits tot mit dem Ausdruck entsetzlicher Leiden, denen sie erliegen sind. Jetzt erreiche ich den Bahnhof, ein Totenfeld. Ich schreite durch Leichenhaufen, durch Massen Stöhnender hin- und her, die bald ihren Frieden haben werden. Der abfahrende Eisenbahnzug ist vollgepfropft von Choleraerkranken. Auch hier mischen sich mit den Toten Lebende, denen es gerade noch gelungen ist, in oder auf die Viehwagen zu klettern, um dort zu sterben. Man achtet ihrer nicht. Wie viele werden auf dem Wege nach Makritoi, wohin man die Kranken brint, noch sterben? Wie viele werden überhaupt noch die Wagen lebend verlassen? Man verjucht der Seuche Herr zu werden. Alle Wege sind in der Nähe des Bahnhofs mit Chloralkali befreut, die Zelte haben einen eben solchen Kranz um sich. Zu spät! Der Würgeengel läßt sich nicht mehr zurückdämmen. Wie jammert mich das arme Volk! Weib und Kind haben sie verlassen, dem stolzen Halbmond, der schon den Vätern vorangeleuchtet hat, zu folgen, um die Schwärze von Kirkitissa und Lüle-Burgas auszuweichen. Und nun: Elend und verlassen sterben sie am Wege. Wie ist mir der Dichters Wort: „Des Lebens ganzer Jammer saßt mich an“, so erschreckend vor die Augen getreten. Ich spreche eine Gruppe Offiziere an, um mich nach dem General Ali Kisa Pascha zu erkundigen, an den ich ein Empfehlungsschreiben abzugeben habe. Er ist nicht mehr da. Auch er ist in dem Zuge, der die Sterbenden nach Makritoi bringt, sterbend an Cholera aeterna. Wo auch die Höchsthenden sind, nicht mehr sicher vor der Seuche. Wird nun diese so schwer heim-

gesuchte Arme einem feindlichen Angriffe noch Widerstand entgegensetzen können? Warum greift der Bulgare nicht an? Diese paar Schiffe, die täglich fallen, sind doch von keiner Bedeutung. Das Gerücht, daß die Seuche auch auf geographischer Seite in gleichem Maße wüthet, scheint mir die Beantwortung meiner Frage zu sein.

Schredliche Zustände herrschen in dem von seinen Bewohnern verlassenem Badeort San Stefano. Unter den dort lagernden Reservetruppen kommen täglich mehrere tausend Choleraerkrankungen und etwa 200 Todesfälle vor. Die Behörden sind dem Umfang des Elends gegenüber machtlos. Man sieht Kranke und Tote in den Straßen liegen. Alle Gerichte von einem Regierungswesfel sind völlig verstimmt. Niemand wünscht mehr im Ernst die Fortsetzung des Krieges. Alle Welt sehnt jetzt den Frieden herbei und glaubt, daß Kamil der rechte Mann zur Herbeiführung des Friedens sei.

(Major a. D. Eugen Joenger im „B. L.“ Nr. 16. Novbr. 1912.)

Ein besiegtes Volk vor dem Hungertode. „In diesem Winter wird Europa eine Nation in den Klauen des Hungertodes sehen. In einem Maße, das man bisher selbst in Indien und China kaum erlebte, hat die Hungersnot das Volk der östlichen Türkei heimgesucht“, mit diesen Worten beginnt der englische Publizist Allan Oster die Voraussage einer Tragödie, die alle Grauel und alle Not des Balkankrieges weit hinter sich lassen wird. Jenseits aller kriegerischen Tragödien ballt sich in diesen Wochen eine Klut des Jammers zusammen, die über einem ganzen Volke zusammenschlagen wird und zusammenschlagen muß. Eine Volksmasse, die in ihrer Zahl weit über eine Million hinausgeht, hat in häßlicher Flucht ihre Heimstätten und damit die Quellen ihrer Lebenserhaltung verlassen und drängt sich nun vor den Mauern einer Stadt zusammen, die helfen möchte und doch nicht helfen kann. Denn es gehört zu den Seltsamkeiten dieses Krieges, daß ein weites Land buchstäblich verödet, weil Mann, Weib und Kind auf der Flucht vor dem Feinde ihre Heimat verlassen und doch nicht wissen, wo sie morgen ein schlängendes Dach und ein Stück Brot zur Stillung des Hungers erlangen können. Und während die Zeitungen fast ausschließlich Telegramme und Berichte über den Verzweiflungskampf eines zerrütteten Heeres gegen einen siegreichen Gegner bringen, geht hinter diesem Bilde von Uniformen, Siegen und Niederlagen das furchtbare Schicksal einer Volkendung zu, die nicht ein Heer trifft, sondern ein Millionenvolk von hilflosen Bauern, die kaum wissen, warum gelämpft wird und nur ahnen, daß dieser Krieg für sie Armut, Heimatlosigkeit und Verzweiflung bedeutet.

zusehen. Um aber absolut sicher zu gehen, schlagen die Vertrauensleute im Falle der Ablehnung der sofortigen Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit vor, dann eine stufenweise Einführung vorzunehmen, so daß am 1. April 1914 der Neunstundentag erreicht wäre. Die städtische Arbeiterschaft beweise damit, daß sie in ihren Ansprüchen nicht über das Maß hinausgehe, das die Verwaltung zu erfüllen in der Lage sei. Der Redner ersucht, den aufgestellten Forderungen einmütig zuzustimmen und alles daranzusetzen, sie zu verwirklichen.

Die Ausführungen fanden allseitige Zustimmung. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. Die Versammlung stimmte einmütig folgender Resolution zu:

„Die am 20. November 1912 im „Louisenjaale“, Ehrenstraße, tagende Versammlung der städtischen Arbeiter, Handwerker und Straßenbahner nimmt Kenntnis von den Beratungen der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Versammelten beauftragen die Arbeiterausschüsse und Organisationsleitungen der Stadtverwaltung nachstehende Anträge zu unterbreiten:

Die Stadtverwaltung möge beschließen:

1. Ab 1. April 1913 für alle Tagesarbeiter der städtischen Betriebe, einschließlich der Krankenanstalten, die tägliche neunstündige Arbeitszeit einzuführen.
2. In allen Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht die achtstündige Wechselschicht einzuführen.
3. Für den Fuhrpark und die Straßenreinigung für die Nachtarbeiter die neunstündige Dienstreuebereitschaft inkl. einer einstündigen Pause, unter vierzehntägigem Ausfall der Halbtagschicht Montags, einzuführen.
4. Eventualantrag:

Im Falle der Ablehnung der Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit ab 1. April 1913 soll an diesem Datum die 9/8stündige und am 1. April 1914 die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden.

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die Stadtverwaltung dem berechtigten Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht länger Widerstand entgegensetzt, um so weniger, da finanzielle Bedenken nach dem überaus günstigen Rechnungsabluß der Stadtasse nicht mehr vorhanden sein dürften. Die Versammelten erklären, mit allem Nachdruck für die berechnete

Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit und für den Ausbau der freigewerkschaftlichen Organisation einzutreten.“

Mit einem Appell zur Stärkung der Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zentrumschreien hatten alles Mögliche versucht, der Versammlung Abbruch zu tun. Am Tage vorher berieten sie zwei Straßenbahnerversammlungen und am selben Tage, morgens 7 Uhr, für alle Depots des Fuhrparks und der Straßenreinigung Versprechungen ein, um die Arbeiter von unserer Versammlung abzuhalten. Mit welchem Erfolg — das hat die glänzende Versammlung bewiesen. Von dem erneuten Verrat können sie sich nicht reumachen und wenn sie sich noch wilder und verzweifelter gebärden.

Die städtische Arbeiterschaft steht vor einer großen Aufgabe. Zeigen wir, daß wir der Stunde gewachsen sind. Ausbreitung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Ideen, ein ausdauernder Kampf für die Verbesserung der Arbeiterschaft, das sei unsere Parole!

### Eine neue Arbeitsordnung in Danzig

hat der Magistrat für die städtischen Arbeiter herausgegeben, leider mit alten Fehlern. Schon der Urlaub wird mit so viel Vorbehalten den Arbeitern gewährt, daß wir uns nicht enthalten können, diesen Paragraphen hier der Öffentlichkeit als Abschreckungsmittel zu unterbreiten:

„§ 6. Dem Arbeiter kann bei guter Führung Erholungsurlaub nach einer ununterbrochenen Beschäftigungszeit (§ 11) von 5 Jahren bis zu 5 Tagen | von 15 Jahren bis zu 10 Tagen  
" 10 " " " 7 " " 25 " " " 14 "

unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden, soweit dies bei voller Aufrechterhaltung des Betriebes und ohne Einstellung von Ersatzkräften angängig ist. Afordarbeitern wird in diesem Falle ein Lohnbetrag in Höhe des der Berechnung der Krankentagebeiträge zugrunde gelegten Mindestlohnes gezahlt. Ein Rechtsanspruch auf Urlaub steht dem Arbeiter nicht zu.

Die Jahreszeit, in der der Urlaub gewährt werden kann, bestimmt der Dezernent oder der von ihm beauftragte Betriebsleiter.

Arbeiter, die im regelmäßigen Schichtwechsel arbeiten, können bereits nach einem Jahre einen Urlaub von 3 Tagen er-

„Konstantinopel kann nicht ein Zehntel dieser Masse in sich aufnehmen, auch wenn man berücksichtigt, daß der Zug der Hungerrunden kleiner wird, weil schon jetzt die Ershöpften am Wegrand liegen bleiben, um zu sterben. Und das ist auch das Los derer, die die Türme von Konstantinopel schauen: außerhalb der Mauern werden sie hinfinken müssen, bis der Hungertod sie erlöst. Und all dieses ist nur der Anfang und die Folge eines nur dreiwöchigen Krieges. Ob die Kämpfe eingestellt werden oder noch weiter dauern: das Unheil ist geschehen. Das Land, das verlassen hinter diesem Volke liegt, wird in einer Generation nicht wieder bevölkert werden können. Doch das ist ferne Zukunft. Erst wird der Tod noch fürchterbare Ernte halten. Hier wird eine nationale Hungersnot entstehen, die durch nichts aufzuhalten ist und die die Türkei aus eigener Kraft nie und nimmer auch nur wird dämpfen können. Eine halbe Nation wird buchstäblich verhungern.“

Das letzte Aufgebot. „Ich muß vor allem erklären, daß dieser Krieg viel mörderischer gewesen ist, als man allgemein glauben mag. Man begreift, daß die bulgarische Regierung den Journalisten verboten hat, von ihren Verlusten zu sprechen: sie sind ungeheuer.“

Allmählich erschöpfen sich die Hilfskräfte Bulgariens. Man ist jetzt schon bei den letzten Klassen angelangt. Es sind fast nur noch Greise, die auf den Ruf des Vaterlandes herbeieilen. Aber sie haben die Begeisterung von zwanzigjährigen Jünglingen. Mit Fahnen ziehen sie durch die Straßen der Stadt. Da sie aus den verschiedensten Teilen des Landes gekommen sind, tragen sie die wertvollsten Kostüme. Sie werden diese Trachten auch vor dem Feind behalten, denn es gibt keine Uniformen mehr. Man hat nun jeder dieser Veteranen noch einen alten Flinten und einem Bajonett bewaffnet. Viele haben das Bajonett vorläufig mittels eines Strickes am Gürtel befestigt. Jeden Tag fahren neue Jünger von Sofia aus, um die letzten Soldaten auf türkischen Boden zu tragen. Und jeder Zug wird bei der Abfahrt mit stürmischen Hurrarufen begrüßt. Die Frauen zeigen noch genau denselben Mut und dieselbe Heiterkeit, die sie am ersten Tage der Mobilmachung an den Tag gelegt haben. Alle geben ihre Männer gern dem Vaterlande; sie stecken ihnen bei der Abfahrt, kleine Blumensträußchen an die Bajonette und schmücken ihnen die Hüften und die Schuhe mit Grün. Beim Abschied sprechen sie alle dieselben Worte, die einem bulgarischen Liebesentnommen sind: „Ich schicke dich nicht in den Krieg, sondern in eine neue Ehe...“ Mit dem Ruhm, mit dem Tod? Das werden sie erst später erfahren. Noch hat die Stunde der Tränen nicht geschlagen...“

In Ruffschtal sah ich Bauern und Frauen auf einem öffentlichen Plage bei Waffenübungen. Das wird das allerletzte Aufgebot sein. Wenn diese Leute erst durch das Land ziehen werden, um sich zu schlagen, wird Bulgarien von seinen Kindern den letzten Blutstropfen verlangt haben.  
(Louis Bertrand im „Journal“, Paris.)

Die Herren Offiziere. „Dieses Schauspiel des Entsetzens ist unbegreiflich. Das ist nicht etwa die Auflösung einer beständig geschlagenen Armee, das ist der Zerfall des ganzen militärischen Gebäudes einer früher gefürchteten Nation. Man muß diese Türken gesehen haben, um zu ermessen, welches Elend, welcher Zusammenbruch da trotzt. Eine Rotte Infanteristen auf geraubten Artillerie- und Trainingsäulen kommt heran, die Köpfe mit blutigen Binden, Schals oder Teppichen umwunden. Keiner von ihnen hat mehr ein Gewehr. Andere Soldaten gehen mühsam an Stöcken. Sie sind barfuß. Wieder andere halten sich etwas besser, aber das Gewehr hängt nicht an Riemen, sondern wie üblich an einer Schnur. Ganze Scharen hocken, vor Kälte zitternd, beisammen an Feuern und heißen heißhungrig in Brote, die sie weiß Gott wo aufgetrieben haben. Hier am Straßenrand liegen die ersten Leichen. Es sind blutüberströmte Kadaver verwundeter Soldaten, die am Wege zusammengebrochen und ertrorren. Ueber ihnen kreist ein Heer krächzender Raben. Jetzt kommen von Saloniki Verstärkungen anmarschierend, lauter ältere Redifs, von ihren Unteroffizieren zur Schlachtbank geführt, stumpfsinnig wie Hammel. Natürlich werden auch diese Redifs umkehren, sobald sie in die Feuerlinie kommen. Von Offizieren keine Spur. Sie sind längst in Saloniki in Sicherheit, schlürfen ihren Kaffee und politisieren. Was kümmert es sie, ob ihre Soldaten hier draußen krepieren wie das Vieh. Von dem Römergrab aus sehen wir deutlich in einen Finienwald die Trümmer der Armee, die noch standhalten. Aber wie lange noch? Da sind unter der Haufen der Flüchtlinge endlich auch ein paar Offiziere ohne Säbel, ohne Würde. Die Soldaten nehmen von ihnen keine Notiz. Sie grüßen sie nicht, jedes Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft hat aufgehört, ja ich höre, daß gewisse Offiziere von ihren Leuten sogar angepöbel werden. Und wie patriotisch sind diese Offiziere im Olympshotel! Ich lerne einen eleganten Generalstabsoberst kennen, der in Berlin gebürtig hat. Ich frage ihn nach dem Stand der Dinge. Er antwortet mir: „Was weiß ich. Mein Armeekorps steht in Monastir. Das Armeekorps Saloniki geht mich nichts an.“ Und das sind die „Löwen von Rewna“, denen König Nikola von Montenegro seinerzeit eine Ode gewidmet hat. Nirgends mehr Elan, nirgends Selbstvertrauen, kein Vertrauen in die Führer, keine Kampflust, kein Nationalstolz. Offi-

halten und nach 5 Jahren wie die übrigen Arbeiter beurlaubt werden.

Auf Saisonarbeiter finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Dieser Paragraph zeigt recht deutlich, daß die Herren des Magistrats die städtischen Arbeiter als Almosenempfänger betrachten und ihnen deshalb recht deutlich zu Gemüte führen wollen, daß der „Herr“ alles bestimmt und die Almosenempfänger dafür dankbar sein müssen. Auf diese Weise wird der Günstlingswirtschaft Tür und Tor geöffnet. Die rechtschaffenen Arbeiter erhalten ihren Urlaub entweder gar nicht, oder aber sie bekommen ihn dann, wenn im Betriebe nichts zu tun ist. Soll doch der Urlaub nur dann gewährt werden, wenn keine Aushilfskräfte gebraucht werden. Ein Arbeiter, der sich nach Meinung der vielen Herren Vorgesetzten nicht genügend duckt, wird natürlich immer unentbehrlich sein und erhält deshalb keinen Urlaub. Schon diese eine Bestimmung zeigt recht deutlich, welcher Geist auf dem Rathhause in Danzig herrscht.

Natürlich ist diese Bestimmung nicht die schlimmste. Die §§ 12 bis 16 behandeln die Gewährung von Ruheohn und Witwen- und Waisententen. Hier wird es genügen, wenn wir nur den ersten Paragraphen anführen, der sofort das richtige Licht auf dieses Monstrum wirft:

„§ 12. Wenn ein Arbeiter, der nach vollendetem 23. Lebensjahre mindestens 12 Jahre ununterbrochen (§ 11) im städtischen Betriebe beschäftigt gewesen ist, unverschuldeter infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen zur Arbeitsleistung dauernd unfähig wird, so kann ihm ein Ruheohn und im Falle seines Todes seinen Hinterbliebenen Witwen- und Waisengeld gewährt werden.

Ein Rechtsanspruch auf Ruheohn oder Hinterbliebenenversorgung besteht nicht.

Ob und in welcher Höhe Ruheohn oder Witwen- und Waisengeld zu gewähren ist, wird in jedem einzelnen Falle besonders bestimmt.“

Schon dieser Paragraph zeigt jedem denkenden Menschen, daß man in Danzig der Vernunft den Krieg erklärt hat. Wer das nicht glaubt, dem mag es der § 16 bezeugen, der den Abschluß dieser recht sonderbaren Bestimmung über die Gewährung von Ruheohn und Witwen- und Waisengeld bildet:

„§ 16. Weder Ruheohn noch Witwen- und Waisengelder werden gewährt:

1. wenn ein Arbeiter seine Arbeitsunfähigkeit durch eigene grobe Schuld, durch vorsätzliche Verletzung, durch schuldhaftes Betheiligung an Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunksucht oder geschlechtliche Ausschweifungen verursacht hat, oder wenn die Arbeitsunfähigkeit bei Begehung einer durch strafgerichtliches Urteil festgestellten strafbaren Handlung eingetreten ist;

2. wenn der Arbeiter Gut der Stadt veruntreut oder Dienstgeheimnisse verraten hat;

3. wenn eine im Genusse dieser Bezüge stehende oder dazu in Aussicht genommene Person einen unmoralischen Lebenswandel führt, dem Trunke ergeben ist oder sich Verfehlungen zuschulden kommen läßt, die sofortige Entlassung rechtfertigen.

Bei Wegfall der Voraussetzungen, die für die Bewilligung maßgebend waren, fällt auch die weitere Zahlung der Renten fort. Der Magistrat behält sich vor, von der Fortdauer der Arbeitsunfähigkeit sich durch ihm geeignet erscheinende Maßnahmen zu überzeugen.“

Diese reaktionären Bestimmungen können gewiß von keiner Stadtverwaltung übertrossen werden. Derartige Produkte geistiger Arbeit konnten nur hier in Danzig erzeugt werden. Die Herren, die an diesen Bestimmungen mitgewirkt haben, werden sicherlich alle alten Schmöker aus der uralten Zeit Danzigs vorgefucht haben, um die neuen sozialen Ideen mit dem vorstintflutlichen Quark zu vermengen und sie darin zu erstickten.

Man ist aber auch ganz modern gewesen! Haben doch die Herren, dem Zuge der neuesten Zeit folgend, auch an die gelbe Pflanze, genannt „Magistratsarbeiter-Verein“, gedacht. Ganz wie jeder rüchständige Unternehmer fürchten auch diese Herren, daß die städtischen Arbeiter einmal der schlechten Entlohnung, langen Arbeitszeit und der nicht minder schlechten Behandlung überdrüssig werden und recht energisch die Beseitigung dieses „Aufandes“ fordern könnten. Um dem vorzubeugen, will man den „Verein der Magistratsarbeiter“ protegieren. Denn nur so läßt sich die Bestimmung auslegen, die der § 24 Absatz 4 über „Ordnungsstrafen“ enthält. Hat doch dieser Absatz nachstehende Fassung erhalten:

„§ 24 Absatz 4. Die Geldstrafen werden bei der nächsten Lohnzahlung einbehalten und sind, sofern sie gegen Mitglieder des Kommunalarbeitervereins festgesetzt sind, an die Unterstützungskasse dieses Vereins abzuführen, im

ziere und Soldaten sind durch Hunger, Strapazen und Entbehrungen völlig heruntergebracht, zu Schemen geworden.

(Hans Barth aus Saloniki an das „F. T.“ am Tage vor dem griechischen Einzug.)

**Ausrottungs- und Raubkrieg.** „Der Boden ist billig; er kostet nur den Kopf seines Eigentümers oder Pächters. Staatsländerien fallen dem siegenden Staate zu, Privatländerien dem siegenden Volke. In der Türkei spielen sich entsetzliche Missetaten ab. Die Landbevölkerung in den vom Feinde besetzten Teilen wird ausgeplündert. Unter dem Titel eines Kreuzzuges geht ein wilder Raubzug vor sich. Die Ausrottung der Bodenbesitzer ist die Parole. Hin und wieder geminnt die Außenwelt einen kleinen Einblick in die Greuelkassen, die hinter dem Schleier der Armeen begangen werden. Man erfährt, wie die Serben gegen die Albanesen wüthen, man wird gewahr, wie in Thrazien die Dörfer der Moslimes dem Erdboden gleichgemacht werden. Wer sich nicht rechtzeitig durch die Flucht in Sicherheit bringen kann, wird niedergemacht. Im Süden sollen die Griechen in gleicher Weise mit der kuzowalachischen Bevölkerung verfahren. Die Montenegriner ihrerseits morden die ihnen benachbarten Bergalbanesen. Was tot ist, wird keine Besitzrechte mehr geltend machen, was geflohen ist, wird irgendwo als Bettler umkommen. Nie mehr wird die Aderscholle von den Händen wieder bearbeitet werden, die sich bisher um sie mühten.

Die Balkanstaaten berufen sich selbst darauf, eine zivilisatorische Aufgabe gegen asiatische Barbarei zu erfüllen. Hat aber auch nur eine der vier christlichen Armeeleitungen, als die Heere die türkische Grenze überschritten, eine — wie man von zivilisierten Völkern hätte voraussetzen sollen — beruhigende Proklamation an die nicht waffentragende Bevölkerung des feindlichen Landes erlassen, daß ihr, wenn sie sich ruhig verhält, kein Haar gekrümmt werden würde? Das ist nicht geschehen, denn im vordrängen war es auf die Austreibung und Ausrottung eben dieser Zivilbevölkerung abgesehen.

Die Acker, Wälder, Weiden wechseln ihre Besitzer. Die Vertriebenen werden nie wiederkommen. Sie wüthen auch nicht, wie sie ihre Ansprüche gegenüber den Siegern verfechten sollen. Sie könnten höchstens darauf hinweisen, daß dieses oder jenes Grundstück kraft türkischen Gemeinheitsrechtes von alters her Eigentum ihrer Familie gewesen sei, daß die Dorfgemeinde dieses Eigentum stets anerkannt und respektiert habe, daß der Gemeinbestellte jederzeit der Schützer des überlieferten Besitzrechtes gewesen sei. Sie würden taube Ohren finden, man würde sie auslachen. Die Missetaten in den Dörfern mögen zum großen Teil von Kriegsgraus und von nationaler Leidenschaft eingegeben sein; nicht zu übersehen aber ist auch ihre rein

materielle Grundlage, die den Balkankrieg zu einem Raubkrieg im vollsten Sinne des Wortes macht.“

(Ein deutsch-türkischer Offizier in der „Woll. Ztg.“)

Hier noch ein anderes Bild als „Ergänzung“:

**Kanonenprofit.** Die Firma Krupp in Essen wird ihre Dividende in diesem Jahre von 10 auf 12 Proz. erhöhen, ein noch nie erreichter Abschluß. Der Jahreserdienst der beiden Fräulein Krupp dürfte damit 50 Millionen Mark erreichen.

Der französische Kanonentönig Schneider u. Co. in Creusot erhöht seine Dividende von 15 auf 16 Proz. Der Reingewinn ist auf nahezu 7 Millionen Franken gestiegen.

**Die Hyänen der Politik.** Während dieser Kriegsjammer das Blut in den Adern erstarren läßt, heßt in Deutschland die ganze „nationale“ Presse unermüdet zum Kriege, zu einem raschen Kriege, einem großen Kriege. So schreibt in einem Leitartikel vom 14. November die „Tägliche Rundschau“:

„Eine fressende Brut hat sie alle (die Patrioten) gepackt, weil Deutschland mit einem starken Heer und einer mächtigen Flotte nichts anzufangen weiß, ein geradezu rasender Zorn gegen die Verfasser aller Gelegenheiten. Wer wagt es, das zu bestreiten? Oder geben nicht vielmehr Zehntausende mir recht?“

Vor drei Jahren sagte mir einmal Colmar Freiherr v. d. Goltz, unsere Armee sei derartig auf dem Höhepunkt der Leistungsfähigkeit angelangt, daß man ein solches Training kein Jahrzehnt mehr in gleicher Schärfe durchhalten könnte.

Inzwischen sterben die Generale mit Kriegserfahrung bei uns aus, und den letzten, der noch Pulver gerochen hat, wird man über kurz oder lang ins Panoptikum stellen. Was für eine Gefahr das ist, scheint man oben nicht zu begreifen. Ein Schüler, der nie ein Extemporale schreibt, nie geprüft wird, nie eine Zensur bekommt, muß allmählich faul werden, und eine Nation, die nie mit der Faust auf den Tisch schlägt, nie ihr Schwert — auch nur diplomatisch — in die Waagschale wirft, nie es auf eine Prüfung antommen läßt, geht zugrunde.“

Und sie gelangt zum Schlusse: „Einem Kriege entgehen wir nicht, darum muß es ein von uns gewollter Krieg sein.“ Sie rät, den Krieg jetzt zu entsetzen durch die sofortige Besetzung und Protektorsats-erklärung über Syrien, Arabien und Armenien durch Deutschland.

Dieser imperialistischen Kriegspolitik gegenüber verkündet die internationale Arbeiterschaft aller Länder die Politik des Weltfriedens und der Solidarität der Kulturenationen.



übrigen zur Unterstützung von städtischen, in Not geratenen Arbeitern zu verwenden."

Diese Bestimmung wird dem schwindfichtigen Pflänzchen den Odem des Lebens nicht einblasen, aber sie hat ungewollt diesen Verein als gelbes Gewächs öffentlich charakterisiert. Der Dienst, den der Magistrat den Drahtziehern dieses Vereins erweisen wollte, dürfte diesem Verein recht nachteilig werden. Im übrigen hat man bei der Ausarbeitung dieser ominösen Bestimmung ganz vergessen, daß die Arbeitsordnung auch Bestimmungen für einen Arbeiterauschuß enthält, und daß dieser bald ins Leben gerufen wird. Nun sind zwar die Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht fürchtbar reaktionär, aber die Arbeiter werden fordern, daß, wenn schon durchaus Geldstrafen gezahlt werden sollen, diese Gelder dann auch viel besser von dem unparteiischen Arbeiterauschuß verwaltet werden. Wird man dem Willen der Gewerkschaft nicht nachgeben und dem Auschuß die Verwaltung der Strafgeelder anvertrauen, dann sollte man auch sagen, daß die Strafgeelder jenen Vereinen abgeführt werden, denen die bestrafte Arbeiter angehören.

Wir würden uns einer Unterschlagung schuldig machen, wenn wir den § 33, der das Wahlrecht der Ausschüsse regelt, nicht abdrucken. Dieser Paragraph zeigt recht klar, wie arbeiterfreundlich die Herren sind, die das Rathaus in Danzig zieren. Er lautet:

„Die Wahl der Ausschussmitglieder und ihrer Erfahrmänner ist unmittelbar, geheim und schriftlich.

Wahlberechtigt ist in seinem Betriebe jeder volljährige Arbeiter, der seit mindestens einem Jahr im städtischen Betriebe beschäftigt ist (§ 11) und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.

Wählbar ist jeder wahlberechtigte Arbeiter deutscher Staatsangehörigkeit, der das 30. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens fünf Jahren im städtischen Betriebe beschäftigt ist (§ 11).“

So, da wären nun die liberal-zentrumslich-konservativen Ideen über Arbeiterrechte einmal klar zum Ausdruck gebracht. Jeder Arbeiter muß erst ein ganzes Jahr in städtischen Betrieben schuften, um das Wahlrecht zu erwerben. Die Herren schämen die Schwierigkeit der Wahl so schwer ein, daß sie glauben, jeder Arbeiter müsse erst dann, wenn er wählen soll, wenn er ein ganzes Jahr im städtischen Betriebe Studien getrieben hat. Noch unsinniger ist die Bestimmung, daß die Arbeiter erst fünf Jahre im städtischen Betrieb tätig sein müssen, bevor sie das Recht erwerben, als Ausschussmitglied die Rechte ihrer Kollegen zu vertreten. Vollends unverständlich ist die weitere Bestimmung, daß die Ausschussmitglieder erst nach Vollendung des 30. Lebensjahres gewählt werden können. Die Herren scheinen die Tätigkeit eines Ausschussmitgliedes für schwieriger zu halten, als die Funktionen eines Reichstagsabgeordneten, da dieses Amt bereits mit Vollendung des 25. Lebensjahres ausgeübt werden kann.

So hat nun die Gewerkschaft in Danzig viele Jahre auf den Erlaß einer Arbeitsordnung gewartet, um jetzt erleben zu müssen, daß sie völlig enttäuscht wird. Noch niemals gingen die Wogen der Erregung so hoch als jetzt, da den Arbeitern diese Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung bekannt wurden.

Am 25. November nahmen die städtischen Arbeiter in einer sehr gut besuchten Versammlung zu der Arbeitsordnung Stellung und stellten eine Menge Abänderungsanträge, die dem Magistrat unverzüglich unterbreitet wurden. Es ist anzunehmen, daß die Empörung der Arbeiter im Rathaus richtig verstanden und genügend gewürdigt wird. Die Arbeiter haben in ihren Abänderungsanträgen nichts Unbilliges verlangt und somit kann der Magistrat sie akzeptieren und sie der Arbeitsordnung einfügen. Sollte der Magistrat dem Willen der Arbeiter entgegenkommen, dann wird er wieder einigermaßen Frieden in die Reihen der Arbeiter bringen und eine wirkliche neue Arbeitsordnung einführen, die nicht nur neu gedruckt ist, sondern auch, der Neuzeit entsprechend, die Arbeiter als Menschen würdigt.

Vezeichnend bei der ganzen Sache war auch, daß alle anderen sogenannten Arbeiterorganisationen vollständig schwiegen. Diese, Zentrumsdrüsen und Stomunalarbeitervereine ließen bisher nichts von sich hören. Wir wollen zur Entschuldigung der beiden ersten Aushororganisationen gern annehmen, daß sie deshalb nichts unternahmen, weil sie keine Mitglieder in städtischen Betrieben mehr haben, aber der Stomunalarbeiterverein muß doch noch leben, da man ihm Geschenke machen will! Sind die Drahtzieher dieses Vereins mit der Bestimmung einverstanden, die sie direkt zum gelben Verein stempelt? U. A. v. g. Wl.

## • Aus Politik und Volkswirtschaft •

### Vom Reichstag.

Berlin, 23. November 1912.

Nach langer, vielmonatiger Sommerpause soll nun der Reichstag am 28. November wieder zu seiner Wintertagung zusammenreten. Wenn diese Zeilen in den Händen der Leser der „Gewerkschaft“ sind, haben seine Sitzungen bereits wieder begonnen.

Die erste von ihnen, am Dienstag, wird nur Petitionen zur Beratung bringen. Vermutlich wird sie sehr schnell beendet sein. Die Reichstagsboten sollen sich erst an ihre Arbeit wieder gewöhnen.

Was dann in den nächsten Wochen folgt, ist noch sehr undeutlich zu erkennen. Aus Regierungskreisen ist bekannt, daß eine Fülle kleiner und mittlerer Gesetzentwürfe allmählich vorgelegt werden sollen, von denen kaum einer geeignet sein wird, die politische Volkseele bis in ihre Tiefen aufzuwühlen. Doch sind auch sie nötig. Und trotz ihrer wird auch die neue Wintertagung interessante Beratungen bringen.

So steht eine neue Präsidentenwahl wieder bevor. Kaempf, der erste Präsident, hat sich bekanntlich einer Neuwahl unterziehen müssen, in der er sein Mandat gegen die Sozialdemokratie behauptet hat. Damit zieht er wohl wieder in den Reichstag ein, doch noch nicht zugleich auch wieder auf den Präsidentenstuhl. Auch da würde eine Neuwahl stattzufinden. Das einfachste wäre, Kaempf würde wiedergewählt, und es ist anzunehmen, daß jedenfalls die Sozialdemokratie aus ihren Reihen keinen Kandidaten präsentiert. Die Vorgänge im Frühjahr haben gezeigt, daß der Votum eines ersten Präsidenten für sie nicht in Betracht kommt. Aber die Schwarzblauen brachten gern den Zentrumsführer Spahn an Kaempfs Stelle. Doch brauchen sie dazu notwendig die Stimmen der Nationalliberalen, der bisherigen Außenfreunde der Fortschrittler. Auf die also kommt es an; was sie tun werden, ist noch völlig unbekannt. Zuzutrauen ist ihnen aber jedenfalls alles; und daher ist jede Ueberraschung möglich.

Sehr bald, schon in den ersten Tagen, wird auch die Fleischsteuerung wieder aufs Tapet kommen. Die Reichsregierung hat bekanntlich gegenüber den schreienden Zuständen dieses Sommers provisorisch für die Städte, die den Verkauf in die Hand zu nehmen sich bereit erklärten, die Einfuhr russischen, rumänischen, serbischen, belgischen und holländischen Fleisches in bestimmtem Umfang gestattet und einen Teil des dafür zu zahlenden Einfuhrzollens den Stämmen zurückzuerhalten in Aussicht gestellt. Für letztere Maßregel bedarf sie verfassungsmäßig der Zustimmung des Reichstags. Sie hat deshalb eine kleine Gesetzesvorlage dafür eingebracht, die nun alsbaldig beraten werden muß. Und oben diese Beratung wird Anlaß geben, die ganze Frage der Lebensmittelsteuerung wieder aufzurollen. Jenes Vorgehen der Regierung bedeutet allerdings ein erstes leises Entgegenkommen gegen die breite Masse des Volkes. Aber es ist lange noch nicht ausreichend, wie die noch immer vorhandenen hohen Preise beweisen. Daß der agrarischen Regierung klarzumachen und in Verfolg dessen weitere Zugeständnisse zu erzwingen, wird die besondere und schwere Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein. Ob es ihr gelingen wird, steht dahin. In jedem Falle wird sie, und sie allein, die Sache des Volkes führen.

Der neue Etat, das heißt der Haushaltsplan für 1913 wird erst Anfang Dezember zur ersten Lesung gelangen. Diese wird bekanntlich alljährlich ausgefüllt mit allgemeinspolitischen Debatten. Diesmal wird die auswärtige Politik und in ihr der Balkankrieg sowie der noch immer drohende Weltkrieg im Mittelpunkt stehen. Auch da wird die Sozialdemokratie eine große Aufgabe zu erfüllen haben: die Sache des Friedens gegen alle Kriegsgelüste siegreich zu verteidigen. Die Aktion, die sie in den letzten Monaten durch eine rührige Tätigkeit in Volksversammlungen eingeleitet hat, die sich auf alle europäischen Kulturländer erstreckte, die zwei Tage vor der Reichstagsöffnung ihren Höhepunkt in der Abhaltung des außerordentlichen internationalen Sozialistenkongresses auf Basel findet, sie soll abgeschlossen und vollendet werden durch das Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag. Die Regierung, insbesondere die deutsche, soll es sich durch all dies Vorgehen des Proletariats gesagt sein lassen: dieses Proletariat ist nicht bereit, auch nur die Knochen eines einzigen Arbeiters für irgend ein angebliches Balkaninteresse zu opfern. In dieser Beziehung marschieren wir in den Fußstapfen eines, den ja die deutsche Regierung sonst stets als ihr Vorbild vor Augen zu haben vorlieb, Bismarcks. Schon 1878 hat dieser erste Reichskanzler es ausgesprochen: der Balkan ist nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert. Diese Wahrheit gilt auch heute noch, und es ist der Wille des erdrückenden Teiles des deutschen Volkes, daß auch der jetzige Reichskanzler sich streift nach ihr richtet. P. Göhre.

## ♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

**Münberg.** Den städtischen Arbeitern wurde bisher im Falle unverschuldeter Arbeitsverhinderung ein halber Tagelohn ausbezahlt. Im Hinblick auf den Fall, daß ein städtischer Arbeiter als Schöffe einer mehrtägigen Verhandlung anwohnen mußte, begutachtete der Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten in der Sitzung vom 15. November eine Änderung der Arbeitsordnung dahin, daß künftig der Magistrat in besonderen Fällen unverschuldeter Arbeitsverhinderung auch für einen längeren Zeitraum als für einen halben Tag die Fortzahlung des Lohnes gewähren kann.

**Tessau.** Wegen Erhöhung der Arbeitslöhne der städtischen Arbeiter hatte der Gemeinderat die Kaufkommission beauftragt, vom Stadtkaufmann unterbreitete neue Vorschläge zu prüfen. Nach den letzteren soll jeder volltätige Arbeiter bei seinem Eintritt mindestens 20,50 Mark Wochenlohn erhalten. Die Stundenlöhner sollen bei gleicher Jahresstundenzahl annähernd das gleiche Jahreseinkommen haben wie die Wochenlöhner. Lohn erhöhungen sollen nach einer bestimmten Anzahl von Jahren ohne weiteres eintreten nach einer Lohnstaffelung, die voraussetzt, daß die gewährten Lohnzulagen dem Werte der Arbeit des älteren, schon länger in dem betreffenden Betriebe lebenden Arbeiters entsprechen. Die Vorarbeiter, Gärtner und gelernte Arbeiter sollen mit einem Lohn von 22,10 Mk. beginnen und einen Höchstlohn von 25,90 Mk. erreichen. Die übrigen Arbeiter, mit Ausnahme der Gartenarbeiter, sollen mit 20,50 Mk. anfangen und 24,50 Mk. erreichen. Die Gartenarbeiter sollen ebenfalls mit 20,50 Mk. beginnen und 23,70 Mk. erreichen. Nach dem vierten bzw. fünften Dienstjahre soll eine Erhöhung des Lohnes eintreten. Trotzdem durch die Einführung der Lohnstaffeln nach dem neuen Vorschläge eine durchschnittliche Lohnhöhung von wöchentlich zirka 1,15 Mk. pro Kopf unter Berücksichtigung aller Arbeiter erreicht wurde, wird für verschiedene Arbeiter zurzeit keine Zulage herauspringen. Das trifft die Leute, welche zum Teil schon jahrelang so gut oder besser bezahlt werden, als es die Lohnstaffel jetzt vorsieht und einen Teil der nicht volltätigen Leute. Diese haben aber den Vorteil, daß ihnen in der Lohnstaffel schon jetzt die Anwartschaft auf eine ständige Lohnhöhung zugesichert ist. Die Mittagspause soll in Zukunft von 1 auf 1½ Stunde erweitert werden. Als Ausgleich hierfür wird nun im Winter und Sommer gleichmäßig pro Tag ¼ Stunden gearbeitet, während früher im Sommer etwas mehr, im Winter etwas weniger gearbeitet wurde. Diese Änderung hat für die Arbeiter die Wirkung, daß die Gesamtarbeitszeit im Jahre 23 Stunden weniger beträgt. — Noch sind diese Vorschläge vom Gemeinderat nicht genehmigt; doch hoffen wir auf seine Zustimmung, zumal die Löhne selbst nach der Aufbesserung noch außerordentlich niedrig sind.

**Rohlsk.** Die Stadtvorordneterversammlung bewilligte am 13. November den städtischen Arbeitern eine Feuerungszulage von 30 Pf. für die Verheirateten und 20 Pf. für Ledige während der Wintermonate.

**Zangerhausen.** Die städtischen Kollegien haben am 15. November beschlossen, den städtischen Arbeitern eine einmalige Zulage von 10 Mk. zu gewähren.

## ♦ Notizen für Gasarbeiter ♦

Ein neuer Beweis „christlicher Erziehungsarbeit“. In den Münchener Gaswerken erfreuen sich die „Christlichen“ der besonderen Günstigkeit ihrer Vorgesetzten. Dadurch nämlich, daß diesen Herren bei jeder Gelegenheit von den Betriebsleitungen durch die Finger gesehen wird und stets unsere Kollegen als die Störenfriede hingestellt werden, nehmen sich die christlichen Herrschaften immer „mehr Strauß“ heraus. Zu den besseren Arbeiten zieht man diese in erster Linie heran, ohne dabei auf das Dienstatte Rücksicht zu nehmen. Dabei entscheidet nicht immer die Brauchbarkeit und Tüchtigkeit, sondern es genügt auch eine diesbezügliche Empfehlung von „oben“. Diese Einführung macht sich auch bei Entlassungen bemerkbar, wo selbst dienstältere Arbeiter mit Familien den ledigen christlich organisierten weichen müssen. Die „Christen“ werden sich demgegenüber wahrlich auch dankbar zeigen, denn von einer Organisation der Christlichen kann ja nach den Vorgängen in Rom nicht mehr recht gesprochen werden. Außerdem wollen die „haisischen Kollegen“ nicht mehr am „Aschaffenburger Warren“ ziehen, sondern sich „selbständig“ machen. Na, wir gratulieren zu dieser neuen Art Herpfitterungsarbeit. Bei uns in München stehen die christlichen Gemeindeglieder längst auf dem Aussterbetat und sind bereits in den Orkus der Bedeutungslosigkeit versunken. Nur zu bestimmten Zeiten muß den Herrschaften manchmal das Gedächtnis aufgefrischt und ihnen vom Variabilitätsplatz aus wieder ein Verubigungsmittel verschrieben werden, damit ihre Aufregung über den „Sozial“ nicht in Totschlag ausartet. In letzter Zeit mußte dies mehrmals kurz aufeinander geschehen. Zu den Weisböden und Strichauerstrüden gesellt sich noch ein dritter im Bunde, dessen christ-

liche Nächstenliebe sogar in Tätlichkeiten ausartet. **Wretitzer**, so heißt der Mann, den städtischen Arbeitern übrigens seit einer Mißbilligung vor Jahren her bekannt, packte einem seiner Mitarbeiter bei der Gurgel und warf ihn zu Boden. Dieser Fall, der sich im Gaswerk am Kirchstein abspielte, hatte folgende Begebenheit: Der Heizer **J.** schrieb auf den zerbrochenen Fadel der Materialliste, in welcher Cel, Putzwolle usw. liegt, die Worte: „er müsse heute noch fertig werden“, jedenfalls um zusehen zu können. Darauf nahm **Wretitzer** und gebrauchte gegen **J.** die gröblichsten Schimpfnamen, wie: „gemeiner Kerl, niederrächtiger Pharisäer“ usw., was sich **J.** selbstverständlich verbat. Darüber kam **Wretitzer** in Wut, daß er, wie bereits erwähnt, **J.** bei der Gurgel packte, zu Boden warf und ihn würgte. Obwohl es nun nicht schwer gewesen wäre, den Mordling mit gleicher Münze heimzuzahlen, tat **J.** dies nicht, sondern gab die Sache zu Protokoll. Schließlich ist es auch nicht jedermanns Geschmack, sich mit Leuten wie **Wretitzer** zu raufen. Der Vorfall wurde nun allerdings zu Protokoll genommen, doch gerührt hat sich nichts mehr, weshalb **J.** veranlaßt wurde, die Sache dem Richter übergeben. Dies brachte man scheinbar Leben in die Sache. Der Betriebsingenieur ließ dem **J.** durch **Wretitzer**, als der Termin festgesetzt war, sagen: „daß derjenige, für den die Sache ungünstig ausgeht und verwertet werde, das weitere schon sehen wird“. Obwohl diese Beeinflussung an der vor dem Vermittlungsamt gestellten Klage nichts änderte, stellte man demnach die Wirklichkeit der Drohung durch die Betriebsleitung schon aus anderen Gründen fest. Die Verhandlung vor dem Vermittlungsamt brachte denn auch für **Wretitzer** die verdienten Beueren. Er mußte seine Mißbilligung zugeben und sich vom Richter befehlen lassen, daß diese Art von „Auflösungsarbeit“ über den Rahmen der christlichen Nächstenliebe hinausgehe. Und als Belohnung hierfür durfte **Wretitzer** an die städtische Armenkasse zahlen und außerdem die Beleidigungen in der „Münchener Post“ und im „N. M. Tagblatt“ zurücknehmen. Dabei war **J.** noch rücksichtsvoll. Nun wollen wir aber sehen, was die Betriebsleitung mit ihrer ausgesprochenen Drohung anfängt. Denn es dürfte kaum annehmbar sein, daß dem **Wretitzer** über sein unchristliches Vorgehen besonderer Vorhalt gemacht wird. Wir legen diesen neuen Beweis „christlicher Erziehungsarbeit“ einstweilen zu den anderen, um nötigenfalls damit anderswo aufwarten zu können.

## ♦ Aus unserer Bewegung ♦

**Münch.** Unsere Filiale hielt am Sonntag, 18. November, eine öffentliche Versammlung im Zirkischen Saale ab, in der **Koll. N. d. e. l.** Berlin über die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeindeglieder Deutschlands referierte. Allgemeine Anerkennung wurde dem Referenten für seine Ausführungen zuteil. Im Verlauf der Versammlung wurde in Anbetracht der örtlichen Verhältnisse folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 16. November tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter protestiert nach reiflicher Aussprache gegen das beabsichtigte Vorgehen des Hirsch-Dunderjchen Gemeindegliederverbandes, der es für gut findet, in der Frage des freien Samstagmittags für die städtischen Arbeiter auf eigene Faust vorzugehen. Dadurch und durch das Vorgehen des Sekretärs vom Hirsch-Dunderjchen Verband, der den Vorsitzenden des Bauarbeiterauschusses ohne allen Grund öffentlich verleumdete und seine haltlose Verleumdung vor Gericht bekennen mußte, ist es vom Hirsch-Dunderjchen Verband geradezu unmöglich gemacht worden, gemeinschaftlich wie bisher in allen Fragen, die die Interessen der städtischen Arbeiter betreffen, zusammen zu arbeiten. Da die Einigkeit der städtischen Arbeiter aber die Voraussetzung zu weiteren Erfolgen in ihrer wirtschaftlichen Besserstellung bildet, so appelliert die Versammlung an die städtischen Arbeiter, sich ohne Ausnahme nur einer Organisation anzuschließen, die sich ihres Vertrauens würdig zeigt. Darauf kann aber der Hirsch-Dunderjche Gemeindegliederverband nach den geschilderten Vorgängen keinen Anspruch erheben.“

**Falle a. S.** Am 16. November 1912 fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Redakteur **Koenen** sprach über die neue Strafgesetzbuchvorlage. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 1627,65 Mk., die Filialausgaben betragen 333,78 Mark. An den Hauptvorstand wurden 801,67 Mk. abgeführt, bleibt Bestand 492,22 Mk. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab ein Defizit von 25,40 Mk.

**Magdeburg.** Die Mitgliederversammlung am 16. November war gut besucht. Der Vorsitzende ersuchte, nur in solche Paragrafen zu gehen, die als geregelt gelten. Das Flugblatt „Warum müssen wir Gewerkschaftler uns auch als Konjunktanten organisieren?“ wurde zum aufmerksamen Studium empfohlen. Kollege **Albin R. o. s. W. e. r. l. i. n.** sprach dann über „Arbeiterfürsorge in den städtischen Betrieben“. Auch in diesem Jahre wird den invaliden und arbeitslosen Mitgliedern des Verbandes ein Weihnachtsgeschenk aus Filialmitteln gemacht. Als Grundbetrag wurden 5 Mk. festgesetzt. Für jedes Mitgliedsjahr und jedes schulpflichtige Kind

werden je 50 Pf. mehr gegeben. Zum Schluß wurde eine Kommission gewählt, die der Frage der Anstellung eines Ortsbeamten überhört sein soll.

**Offenbach a. Main.** Die Mitgliederversammlung am 17. November beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellungnahme zur Errichtung eines Jugendheims, über die Kollege Schmeper sich in knapper, sachlicher Weise verbreitete. Die sich an das Referat anschließende Aussprache bewegte sich im zustimmenden Sinne, jedoch war man über die Art und Weise der Aufbringung der Gelder geteilter Meinung. Man erklärte es für eine Notwendigkeit, ein Jugendheim zu schaffen und für die Finanzierung Sorge zu tragen. Kollege Fengel trat für die Konsumvereine ein. Das Winterfest findet am 18. Januar 1913 im Gewerkschaftshaus statt. Die Kollegen werden ersucht, mit ihren Freunden und Familienangehörigen recht zahlreich zu erscheinen.

**Luedlinberg.** In unserer am 21. November stattgefundenen Mitgliederversammlung, an der auch einige Frauen teilnahmen, referierte der Kollege Wachtendorf-Magdeburg über: „Die Teuerung und die Löhne der städtischen Arbeiter“. Redner schilderte die Ursachen der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Maßnahmen, welche von der Behörde getroffen sind, kommen den städtischen Arbeitern fast gar nicht zu gute, da ihre niedrigen Löhne nicht ausreichen, Fleisch in genügender Weise zu kaufen. Trotz der Verteuerung aller Produkte sind die Löhne der städtischen Arbeiter auch nicht aufgebeßert worden. Frau und Kinder müssen mitarbeiten, um den Verdienst mehren zu helfen. Es ist Aufgabe jedes Kollegen mitzuarbeiten am Aufbau der Organisation, damit andere Zustände herbeigeführt werden. Mit dem Gelöbniß, die Worte des Referenten zu beherzigen, gingen die Versammelten auseinander.

**Wittenberg.** Ueber die gegenwärtige Teuerung und die städtischen Arbeiter referierte Kollege Wachtendorf-Magdeburg in einer gutbesuchten Versammlung am 17. November. Im „Verschiedenen“ wurden noch Mißstände des Gaswerks besprochen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Anfang Dezember eine Betriebsversammlung in Wittenberg abgehalten wird; der Tag wird durch Handzettel bekanntgegeben. Mit einem Aufruf zu reger Agitation wurde die Versammlung geschlossen.

**Wittenberge.** In der Mitgliederversammlung vom 14. November teilte der Vorsitzende mit, daß die Filiale auf 33 Mitglieder gestiegen ist. Ferner gab er verschiedene Erläuterungen zum Statut. Beschlossen wurde, 3 Pf. Lohnerrhöhung zu fordern und eine Eingabe durch die Organisation dem Magistrat zu übermitteln. Zum Schluß hielt Kollege Wachtendorf einen Vortrag.

**Aus den deutschen Gewerkschaften**

Große Arbeitskämpfe in Deutschland wird voraussichtlich das Jahr 1913 bringen. Besonders betroffen wird das Bau- und Malergewerbe und, wenn es nicht zur friedlichen Einigung kommt, auch die Holzindustrie. Die Baumgewaltigen können ihre Niederlage von 1910 nicht vergessen und sie werden im nächsten Jahre alles versuchen, die Bauarbeiterorganisationen niederzuringen. Beide Teile, Arbeiter sowohl als Unternehmer, sind für diese Kämpfe gerüstet und es ist von Interesse, die beiderseitigen Streitkräfte zu betrachten. Auf der Arbeitsebene marschieren auf:

Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe . . . . .	250 000
Verband der deutschen Tiefbauunternehmer . . . . .	120 000
Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände i. Malergewerbe	59 451
Verband selbst. Bildhauer, Stukkateure u. Gipser Deutschlands	2 059
Zentralverband der Gipser, Stukkateure u. Verputzmeister	?
Verb. d. Arbeitgeber d. Töpfer- u. Tensefegergewerb. Deutschl.	11 293
Zentralverband deutscher Dachdeckermeister . . . . .	8 250
Zentralverb. f. d. Steinley-, Plasterer- u. Straßenbauergew.	5 570
Deutscher Arbeitgeberverband für das Plattengewerbe . . . . .	?

Zusammen, zuzüglich der in das Baugewerbe gehörigen Gruppen anderer Unternehmerverbände und abzüglich der Gruppen vorliegender Organisationen, die in andere Industriegruppen gehören . . . . . 500 924

Demgegenüber stellen die Arbeitnehmer folgende Streitkräfte ins Feld: freie Gewerkschaften 431 697, christliche 45 614, Ditsch-Dundersche 2260, zusammen 479 571. Man ersieht aus diesen Zahlen, wie ernst der Kampf wird, wenn er auf der ganzen Linie entbrannt. Für die Arbeiterorganisationen ist eine Niederlage nicht so leicht zu fürchten, wenn n alle drei Gewerkschaftsrichtungen gegenseitig volle Solidarität üben, was allerdings nicht ganz sicher ist.

**Tarifrückbildungen zum 15. Februar 1913** hat der Arbeitgeberverband der Holzindustrie für 50 000 Beschäftigte in 53 Städten vorgenommen. Seit Wochen und Monaten gäre es in beiden Lagern, da bis zum 15. November die Entscheidung fallen mußte, ob die vor dem Ablauf stehenden Verträge zum 15. Februar gekündigt werden sollten oder nicht. Zu dem Zweck haben wiederholt Beratungen und Konferenzen der Parteien unter sich statt-

gefunden und je näher der Kündigungsstermin herankam, desto größer wurde die Spannung, da in Anbetracht des großen Umfanges der diesmaligen Bewegung für beide Teile sehr viel auf dem Spiele steht. Arbeiter wie Unternehmer stehen von jetzt ab in der ungewissen Erwartung: wird es am 15. Februar zum allgemeinen Kampf kommen? So nahe auch die Gefahr eines derartigen Kampfes liegen mag, für die organisierten Holzarbeiter liegt keine Ursache vor, sich vor den Konsequenzen zu fürchten oder ängstlich zurückzuziehen, denn hinter ihnen steht der Deutsche Holzarbeiterverband mit 200 000 opferbereiten Kämpfern und einer gut fundierten Kriegskasse. Anders sieht es mit der großen Zahl Unorganisirter. Für diese ist es die höchste Zeit, sich an ihre Organisationspflicht zu erinnern.

Der Berliner Ortsverein des Buchdruckerverbandes feierte am 20. November sein 50-jähriges Jubiläum. Schon 1848 hatte in Mainz eine nationale Buchdruckerversammlung die Gründung eines Vereins beschlossen. Als aber im September desselben Jahres ein nach Berlin einberufener Kongreß über die Durchführung der Mainzer Beschlüsse beraten sollte, wurde er auseinandergetrieben und die Buchdruckervereine verfielen der Auflösung. Mit dem 1. Januar 1862 gewährte Sachsen seinen Arbeitern das Koalitionsrecht, und es bildeten sich bald in Leipzig und Dresden Buchdruckervereine. Das hatte zur Folge, daß sich am 2. Dezember auch in Berlin 53 Gehilfen wieder in einem Verein zusammenfanden, um Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis, Wiedererrichtung der Unterstützungskassen und die geistige Sehung der Mitglieder zu erstreben. Der beliebteste Referent war Wilhelm Liebknecht, der bis an sein Lebensende der Berliner Buchdruckerorganisation ein treuer Freund war. Der Verein hat sich alsdann trotz aller Kämpfe mit den Unternehmern und der behördlichen Drangsalierungen, besonders unter dem Sozialistengesetz, stetig entwickelt und zählt heute 12 000 Mitglieder. Das sind über 97 Proz. aller im Berliner Buchdruckergerwerbe beschäftigten Gehilfen. Das Jubiläum wurde feierlich im Zirkus Schumann begangen. Von auswärts hatten sich die Vertreter fast aller Gaue des Verbandes eingefunden. Der zweite Vorsitzende des Ortsvereins Albrecht begrüßte die Erzhilfenen, besonders die Jubilare, die den Verein vor fünfzig Jahren mit gründen halfen. Massini, der erste Vorsitzende, hielt die Festrede. Für den Zentralvorstand sprach Döblin, für die Generalkommission Legien, der die Verdienste der Buchdrucker um die allgemeine Arbeiterbewegung feierte und ebenso wie vor ihm schon Massini neben der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen die der politischen Organisation betonte. Am Vormittag war der Feiertag schon eine stille würdige Einleitung vorausgegangen. Der Vorstand des Vereins hatte die Grabstätte Wilhelm Liebknechts in dankbarer Erinnerung geschmückt.

Die Berliner Filiale des Metallarbeiterverbandes hat am 20. November ihr neues Verbandshaus in der Linienstraße eingeweiht. Erst vor fünf Jahren hat sie ein eigenes Heim in der Charitéstraße bezogen. Das ist ihr aber inzwischen zu klein geworden, denn der Metallarbeiterverband stieg in Berlin seitdem von 50 000 auf 93 000 Mitglieder. Trotz dieser riesigen Zahl bleibt ihm noch ein großes Agitationsfeld; beschäftigt doch Groß-Berlin zirka eine Viertelmillion Arbeiter in der Metallindustrie.

Den „Christlichen“ wird's schweiß! In Köln tagte am 21. November 1912 der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, um zu der durch die päpstliche Enzyklika geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der Ausschuß beschloß zur Klärung und zum Abschluß der Angelegenheit einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß zu berufen, der am Dienstag, den 26. November, in Essen a. d. Ruhr im städtischen Saalbau zusammentreten soll. Der Ausschuß des Gesamtverbandes ist eine aus 40 christlichen Gewerkschaftsführern bestehende Institution, in der alle angeschlossenen Verbände durch ihre Vorsitzenden und Redakteure vertreten sind. Es wird noch über die Tagung berichtet. Einmütig einigte man sich dahin, daß über die Abhaltung des Kongresses sowie auch über die Beurteilung der Situation innerhalb des Gesamtverbandes vollkommene Übereinstimmung bestehe. Als Referent zu dem Gewerkschaftskongreß ist Egerwald ernannt. — Man will offensichtlich den Mitgliedern gleich subversive Sand in die Augen streuen, damit sie nicht staubig werden.

**Rundschau**

Schreiende Mißstände in der Betriebskassa der Stadt Berlin. In einer von zirka 2000 Kollegen besuchten öffentlichen Versammlung wurde nach einem Referat des Genossen Brückner und anschließender Diskussion darüber gesagt, daß die in den Statuten der drei städtischen Betriebskrankenkassen festgesetzte freie Arztwahl für die Angestellten der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten durch Privatvertrag ausgeschlossen ist. Diese Angestellten müssen sich durch einen dazu bestimmten Anstaltsarzt behandeln lassen. Das wird allgemein als eine ungebührliche Beschränkung des Rechts der Versicherten empfunden. Der zweite Grund zur Klage ist der, daß neben der von den Kom-

trolleuren der Krankentassen ausgeübten Krankenkontrolle noch eine besondere Kontrolle durch die Betriebsverwaltungen ausgeübt wird. Die Verwaltungen haben zu diesem Zweck sogenannte Werkkontrollen eingesetzt. Die von diesen ausgeübte Kontrolle wird als eine geradezu schändliche bezeichnet. Es ist vorgekommen, daß Patienten in 10 Tagen 10 mal, in 4 Tagen 7 mal, in 9 Tagen 11 mal, in 16 Tagen 23 mal, ja an einem Tage sogar 6 bis 7 mal von den Werkkontrollen besucht wurden. Das ist keine Kontrolle, sondern eine Schikanierung und Bestrafung. Die Kranken werden dadurch geärgert und aufgeregt, wodurch die Heilung erschwert, verzögert und die Interessen der Kasse also geschädigt werden. In den Delegiertenversammlungen der Betriebskrankentassen sind diese Mißstände schon oft besprochen worden, aber die Organe der betreffenden Kassen haben nicht die Möglichkeit, etwas gegen diese Uebelstände zu tun, da sie ja keinen Einfluß auf die Betriebsverwaltungen haben. Deshalb hat man sich veranlaßt gesehen, die gerügten Mißstände öffentlich zu besprechen, um auf diesem Wege Abhilfe herbeizuführen. — Ferner wurde geklagt über das Verhalten des Filialleiters der Betriebskasse im jübischen Gaswerk in Schmaragdorf. Dieser Herr, ein ehemaliger Schuhmann, macht oft große Schwierigkeiten, wenn Kassenmitglieder einen Besuchsbescheid fordern. Zum Empfang des Krankengeldes müssen sich die Patienten des Schmaragdorfer Gaswerkes Mittwochs pünktlich 1/3 Uhr einfinden. Wer später eintrifft, wird so behandelt, wie ein Soldat, der nicht pünktlich zum Appell antritt. Um dieser Unannehmlichkeit zu entgehen, finden sich die Kranken, die meist weite Wege zu machen haben, zum großen Teil schon vor der festgesetzten Zeit ein, aber erst um 1/3 Uhr wird das Tor geöffnet. Bis dahin müssen die Kranken in Wind und Wetter draußen stehen, was natürlich zur Verschlimmerung des Zustandes der Patienten beiträgt. Eine Resolution, die sich gegen diese Mißstände ausspricht und die Ortsverwaltung unseres Verbandes beauftragt, das vorgetragene Material dem Berliner Magistrat zu übermitteln, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen sprach sich die Versammlung für die Zusammenlegung der drei städtischen Betriebskrankentassen aus.

**„Freiwilliger“ Austritt.** Jagow, Berlins berü—hnter Polizeipräsident, der nach so manchem Strauß mit der Berliner Arbeiterschaft nunmehr auch den Kampf gegen den Verein Berliner Feuerwehrmänner führt (wir berichteten bereits darüber in Nr. 42), wird in seiner Kampfesweise immer konsequenter. Ein Teil der Mannschaften, die aus dem genannten Verein ausgetreten sind, machten auf dem Formular den Zusatz: „Auf Befehl“. Zuerst hat der Polizeipräsident diesen Zusatz nicht weiter beachtet, jetzt aber scheint er sich darauf berufen zu wollen, festzustellen, daß die Mannschaften vollständig freiwillig ausgetreten sind. Wie nämlich der Syndikus des Vereins, Rechtsanwalt Dr. Feder, in einer Zuschrift an die Presse feststellt, legte auf einer Zugrache ein Feldwebel den Mannschaften eine auf amtlichem Depeschenformular aufgeschriebene Erklärung des Inhalts vor, daß sie ihre frühere Erklärung (auf Befehl ausgetreten) zurückziehen und ihren freiwilligen Austritt aus dem Verein aussprechen. Der Feldwebel ersuchte die Mannschaften, zu unterschreiben, widrigenfalls ihnen keine Unterstützungen gewährt, sie auch verhaftet werden würden. Er jagte ihnen das im Auftrag des Brandmeisters, der es ihnen nicht persönlich sagen wollte. Nehliches geschah auf den anderen Wagen. Ein Brandmeister erklärte den Mannschaften, sie hätten keine Unterstützungen zu erwarten und würde keiner von ihnen Oberfeuerwehmann werden, wenn sie nicht die Erklärung abgeben, daß sie freiwillig aus dem Verein ausgetreten seien. Sie könnten die Erklärung in einem verschlossenen Brief abgeben; niemand brauche etwas davon zu erfahren. Da gegen den Befehl Jagows (die Mannschaften sollten aus dem Verein austreten; Beschwerde beim Minister des Innern eingereicht war, lag dem Polizeipräsidenten daran, durch die „freiwilligen“ Austrittserklärungen die Beschwerde gegenstandslos zu machen. Das hatte er aber nicht einmal nötig, denn der Minister hat jetzt erklärt, daß die Stellungnahme des Polizeipräsidenten in keinem Widerspruch mit dem Reichsvereinsgesetz stehe, daß er anerkanntermaßen den Behörden nicht das Recht genommen habe, ihre Weisungen in bezug auf das Vereinsleben Beschränkungen zu unterwerfen. Weiter heißt es dann im Bescheid des Ministers wörtlich: „Der Polizeipräsident war berechtigt, den aktiven Mannschaften die Zugehörigkeit zum Verein Berliner Feuerwehrmänner zu untersagen. Die Art und Weise, in der die Vereinsleitung versucht hat, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, um unter deren Druck ihre Wünsche gerechtere Haltung der Abteilung der Feuerwehr zu erzwingen, ist mit der Disziplin, die innerhalb der Feuerwehr gehandhabt werden muß, unvereinbar. Wenn durch den Austritt der Mannschaften aus dem Verein diese gleichzeitig ihrer Unterstützungsansprüche am das Vereinsvermögen verlustig gegangen sind, so bedauere ich das. Die auf zutreffender Erwägungen des Herrn Polizeipräsidenten beruhende Entscheidung kann hierdurch nicht beeinflusst werden.“ Wie das „A. T.“ erfährt, soll in einer erneuten Eingabe an den Minister die weitere Unterstützung der Angelegenheit verlangt werden. Rügen wird es freilich nicht.

Ein abgefäßer Gelber. Im evangelisch-nationalen Lager macht jetzt folgendes Zirkular die Runde: „Diese Nachricht ist für alle Vereine von größter Wichtigkeit! Landesverband. Den Vereinen des Landes, besonders denen in der Chemnitzer Gegend, gebe ich bekannt, daß Herr Otto Purfürst seit dem 1. November d. J. nicht mehr Sekretär des Landesverbandes ist. Das Evangelisch-nationale Arbeitervereins-Sekretariat in Chemnitz, Voßstraße 7, ist vorläufig aufgehoben. Herr Purfürst hat demnach nichts mehr mit unseren Vereinen zu tun. Es verlaute, daß Herr Purfürst im Dienste des Herrn Pfarrer Richter darauf ausgeht, im Königreich Sachsen sogenannte nationale Arbeitervereine zu gründen, also nun gegen den Landesverband zu agitieren. Wir konnten diese ungläubliche Nachricht noch nicht auf ihre Richtigkeit prüfen. Um so mehr ist es nötig, daß unsere Vereine auf der Hut sind und jede Wahrnehmung einer gegen unsere Vereine gerichteten Tätigkeit des Herrn Purfürst sofort an mich melden. Mit kameradschaftlichem Gruße Pfarrer Drechsler, Landesverbandsvorsitzender, Kleinzschachwitz-Tresden.“ — Bis vor kurzem war Purfürst noch anerkannter nationaler Agitator und Sekretär; jetzt wird vor ihm gewarnt. Im Lager der Gelben scheint es nett zuzugehen.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

**Rösmos, Handweiser für Naturfreunde.** 9. Jahrgang, Heft 11. Herausgegeben vom Roemmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle Franchsche Verlagsabteilung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte und 5 Buchbeilagen 4,80 M.

Der Arbeiter-Kotiz-Kalender für das Jahr 1913 ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, erschienen, und zwar in etwas größerem Format wie bisher. Neben dem üblichen Kalender, Adressen- usw. Material bringt der Kalender wichtige politische und gewerkschaftliche Informationen. So ist das Ergebnis der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Außerdem hat die Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl statistischer Betrachtungen Berücksichtigung gefunden. Auch die wichtige Bildungsfrage kommt in einem Artikel: „Arbeiterbildung und Bildungsarbeit“ aus der beruflichen Feder des Genossen Heinrich Schulz zu ihrem Rechte. Ein sehr instruktiver Artikel des Genossen Emil Eichhorn beschäftigt sich mit der Reichsverfassung. Der Kalender wird wieder ein treuer Ratgeber jedes in der Partei oder Gewerkschaft tätigen Genossen sein. Der Preis beträgt 50 Pf. Alle Buchhändler, Expediteure und Kolporteurs halten den Kalender vorrätig.

Auf dem Gebiete der Philatelie bringt die Firma C. F. Lüde, G. m. b. H. in Leipzig, der bekannte Schaubert-Album-Verlag, eine Länder- und Weltverkehrs-karte für Postwertzeichen-sammler. Welche Sorgfalt auf diese Karte verwendet ist, dafür dient als Beweis, daß schon alle jüngsten Ereignisse wie Korea, Kamerun und das vielgenannte Tripolis berücksichtigt sind. Alle fünf Erdteile offenbaren sich in größter Uebersichtlichkeit, und überdies behandeln drei kleine Nebenarten geforderte Mitteleuropa, Mittelamerika und die Levante. Die Längengrade ergeben von 15 zu 15 Grad die dortige Ortszeit im Gegensatz zur mitteleuropäischen Zeit. Auf der Rückseite sorgt eine alphabetische wie geographische Uebersicht für Orientierung. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß diese Karte auf die besonderen Verhältnisse des Briefmarkensammlers zugeschnitten ist. Daher sind auch diejenigen Staaten ausgenommen, die im landläufigen Sinne als selbständige Staatengebilde jedes politischen Anrecht verloren haben, aber für den Markensammler noch durch bestehende Marken gewisses Interesse gewinnen. Die Karte ist in prächtigem Fünffarbendruck ausgeführt und kostet unangezogen 0,75 M. und auf Leinwand aufgezogen 1,20 M.

**Rösch, Dr. Adolf:** Bürger im Pflanzenreich. Mit zahlreichen Abbildungen nach Originalaufnahmen von F. Hartmann, J. Kettenbumer u. a. und einem farbigen Umschlagbild, darstellend die Hopfenseide, von R. Cessinger. (104 Z.) 8°, 1912. Stuttgart, Roemmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franchsche Verlagsabteilung). Geh. 1 M., geb. 1,80 M.

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Adam Gär, Mainz</b> Straßenreiner † 9. 11. 1912, 61 Jahre alt.	<b>Friedrich Plewe, Königsberg</b> Arbeiter (Fuhrant) † 18. 11. 1912, 20 Jahre alt.
<b>Aug. C. Schneider, Leipzig</b> Laternenwärter † 15. 11. 1912, 70 Jahre alt.	<b>Onirin Süß, Straßburg</b> Straßenarbeiter † 18. 11. 1912, 42 Jahre alt.

**Alfred Bauer, Sichtenberg**  
Straßenreiner  
gestorben am 20. November 1912 im Alter von 18 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!